

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

FRAUENPOLITIK UND GENDERDISKRIMINIERUNG IN RUSSLAND RUSSLANDS INTERVENTION IN SYRIEN

■ ANALYSE		
Rechte, die nur schwer in Anspruch zu nehmen sind:		
Die Lage der Frauen in Russland		2
Irina Kosterina, Moskau		
■ ANALYSE		
Sind Frauenrechte Menschenrechte?		
Genderdiskriminierungsfälle in Russland und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte		6
Lisa McIntosh Sundstrom, Vancouver (Kanada) und Valerie Sperling, Worcester (USA)		
■ UMFRAGE		
Genderrollen und -stereotype		12
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Der heilige Krieg Putins in Syrien		15
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Was will der Kreml in Syrien?		18
Jens Siegert, Moskau		
■ UMFRAGE		
Einstellungen zum Bürgerkrieg in Syrien		20
Die Rolle der UNO		22
Die Beziehungen zum Westen		23
■ CHRONIK		
24. September – 8. Oktober 2015		26

Rechte, die nur schwer in Anspruch zu nehmen sind: Die Lage der Frauen in Russland

Irina Kosterina, Moskau

Zusammenfassung

Die Lage der Frauen in Russland ist erstaunlich und widersprüchlich: Einerseits haben Frauen hier früher als in allen anderen Staaten Grundrechte erhalten und stellten bereits in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts fast die Hälfte der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung. Andererseits wird die Rolle der Frau recht traditionell gesehen, und die wichtigste normative Rolle ist die der Ehefrau und Mutter. Wie sieht die Genderpolitik in Russland heute aus, und in welchen Bereichen fühlen sich Frauen heute selbstbewusster, in welchen diskriminiert?

Die Geschichte der »Frauenfrage« in Russland

Russland wird oft als beispielhaft genannt, als ein Land, in dem der Staat bereits in den 1920er Jahren eine zielstrebige Gendermodernisierung vorgenommen hat: Frauen erhielten fast alle Rechte (politische, bürgerliche, soziale) und waren in beträchtlichem Maße von häuslichen Pflichten und der Betreuung der Kinder befreit. Jene Periode (bis zur Mitte der dreißiger Jahre) wird üblicherweise als Programm der »neuen Lebensweise« und der »neuen Frau« bezeichnet: Die Verfahren zur Eheschließung und -auflösung wurden erheblich vereinfacht, es wurden kostenlose staatliche Kindergärten und Krippen sowie preisgünstige öffentliche Kantinen für Mitarbeiter¹ von Betrieben und Fabriken eingerichtet. Was der sowjetische Staat von einer Frau aber am meisten erwartete, war, dass sie arbeitete.

Im Laufe der Sowjetzeit wandelte sich die »Frauenfrage« allerdings mehrfach: Phasen sexueller und rechtlicher Liberalisierung wechselten abrupt mit einer Politik des staatlichen Paternalismus, mit Abtreibungsverbot und einer Kontrolle über die Sexualität der Frau; die Arbeitsrechte von Frauen wurden zum Teil beschnitten.

Teilhabe der Frauen in der Politik

In der gegenwärtigen Verfassung der Russischen Föderation heißt es: »Männer und Frauen verfügen über gleiche Rechte und Freiheiten sowie über gleiche Möglichkeiten, diese zu verwirklichen«. Auch wenn die Rechte und Freiheiten auf der Gesetzesebene tatsächlich gleich sind und das Gesetz in einzelnen Fällen sogar in erster Linie Frauen schützt, so sind die Möglichkeiten zur Verwirklichung längst noch nicht Realität.

In Russland gibt es in der Politik nicht eben wenige Frauen. In den Parlamenten der unterschiedlichen Ebenen sitzen zu 55 Prozent Frauen, in Gerichten und Staatsanwaltschaften sind es jeweils 68 Prozent, doch bei den

höherrangigen Posten nimmt der Prozentsatz erheblich ab. In der Staatsduma haben Frauen nur 14 Prozent der Mandate, im Föderationsrat, dem Oberhaus, sind es nur 8 Prozent. Eine solche »gläserne Deckelung« besteht vielfach aufgrund von Vorurteilen und Stereotypen über Frauen in der Politik. Umfragen des Lewada-Zentrums zufolge sind 59 Prozent der Männer und 27 Prozent der Frauen der Ansicht, dass das Amt des Präsidenten der Russischen Föderation nicht von einer Frau bekleidet werden sollte.

Unter den Oberhäuptern der etwas über achtzig Föderationssubjekte gibt es nur drei Frauen (Stand: Oktober 2015). Gleichzeitig warb bei den Gouverneurswahlen in St. Petersburg einer der Kandidaten mit dem Slogan: »Gouverneur ist ein Männerjob«, was die bestehenden Genderstereotypen des politischen Regimes verdeutlicht. Die Anzahl der weiblichen Abgeordneten der Staatsduma nimmt mit jeder Wahlperiode zu, doch sind viele Frauen im Grunde keine Politikerinnen, sondern erfüllen dort lediglich eine »dekorative Funktion«, was oft in einer herablassenden oder gar spöttischen Haltung ihnen gegenüber Ausdruck findet, die bei männlichen Politikerkollegen und in der Bevölkerung verbreitet ist. Dabei ist zu erwähnen, dass die wenigen Frauen, die in Russland hohe politische Ämter bekleiden, oft eine offen frauenfeindliche Politik betreiben, indem sie Initiativen vorschlagen oder mittragen, die die Rechte und Freiheiten von Frauen beschneiden. So sind beispielsweise auf Initiative der Duma-Abgeordneten Jelena Misulina Abtreibungsbeschränkungen eingeführt worden; daneben wurde auch vorgeschlagen, dass Verhütungsmittel nur auf Rezept verkauft werden können, dass auf Scheidungen eine föderale Steuer eingeführt wird, und dass eine Ehe erst nach kirchlicher Trauung rechtskräftig wird.

Wirtschaftliche Aktivität und deren Einschränkungen

Was die Beteiligung von Frauen am Wirtschaftsleben angeht, ist die Situation fortschrittlicher: Laut einer Studie des internationalen Consulting-Unternehmens »Grant-Thornton International« beträgt der Anteil weib-

¹ An dieser Stelle sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Russland-Analysen den Plural von Personenbezeichnungen *inklusive* verwenden; d. Red

licher Firmenvorsitzender in Russland 43 Prozent, was den weltweit höchsten Wert darstellt! Zum Vergleich: In Deutschland liegt dieser Wert bei nur 14 Prozent. Allerdings gibt es auch gegenteilige Aussagen. So liegt nach Angaben der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft »Deloitte Touche Tohmatsu« der Anteil weiblicher Vorstandsvorsitzender in Russland lediglich bei 5,7 Prozent. Gleichwohl befindet sich in Russland die Beteiligung von Frauen am Wirtschaftsleben über die vergangenen 70 Jahre hinweg auf recht hohem Niveau.

Die Gründe für diese wirtschaftliche Aktivität liegen in dem erwähnten Modernisierungsprojekt der Sowjetunion: In der UdSSR mussten alle arbeiten, und es gab sogar einen Artikel im Strafgesetzbuch gegen »Schmarotzertum«. Darüber hinaus besteht in Russland ein demographischer Überhang von 57 Prozent Frauen gegenüber 43 Prozent Männern, was zu einer hohen Anzahl berufstätiger Frauen führt. Für das hohe Beschäftigungsniveau gibt es allerdings auch eine negative Erklärung: In Russland ist die Scheidungsrate sehr hoch und somit auch die Zahl der Haushalte mit alleinerziehenden Müttern. Daher müssen viele Frauen sich und ihre Kinder allein ernähren.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise der 1990er Jahre hat die Vorstellungen des traditionellen Gendervertrags, bei dem der Mann der Ernährer ist und die Frau den Haushalt führt, endgültig zerstört. Als das alte Wirtschaftsmodell zusammenbrach, wurden staatliche Unternehmen zu Tausenden abgewickelt und viele Männer kamen mit dem Verlust ihrer Rolle als Ernährer und Familienoberhaupt nicht zurecht. Das führte zu einer erhöhten Sterblichkeit in der männlichen Bevölkerung wegen Alkoholismus, Selbstmord oder anderer Gründe. Frauen erwiesen sich als flexibler und waren in der Lage, sich an die geänderten Realitäten anzupassen: Zehntausende russischer Frauen, die noch vor kurzem angesehenen Berufen nachgingen, machten sich nun nach Polen und in die Türkei auf, um dort Waren einzukaufen, die sie dann auf Märkten in Russland weiterverkauften. Auch heute wird der größere Teil aller Kleinunternehmen in Russland von Frauen angeführt.

Andererseits schaffen die Strukturen und Regeln des Arbeitsmarktes in Russland eine Vielzahl von Beschränkungen für Frauen. In der Regel arbeiten in den gut bezahlten Branchen (Energiewirtschaft, Maschinenbau, Finanzwirtschaft, Ölförderung) vor allem Männer, und in den einkommensschwächeren Bereichen (Soziales, Bildung, Gesundheitswesen) eher Frauen.

Außerdem besteht in der Russischen Föderation weiterhin eine Liste körperlich schwerer Arbeiten und Arbeiten unter gesundheitsschädigenden oder gefährlichen Bedingungen, bei denen der Einsatz weiblicher Arbeitskräfte verboten ist. Es gibt über 400 solcher Berufe. So ist es Frauen zum Beispiel nicht erlaubt, als Busfahrerin oder Lokführerin zu arbeiten (nicht einmal als Hilfs-

lokkführerin). Frauen dürfen keine Traktoren, Lastwagen, Propellerschlitten oder Planiertrappen fahren. In Russland kann es keine Bootsfrauen, Matrosinnen, Schiffsführerinnen, Taucherinnen, Schreinerinnen oder Installateurinnen geben. Die Schöpfer dieser Liste behaupten, dass sie aus Sorge um die Gesundheit der Frau erstellt wurde, die ja potentiell Mutter werden könnte. Aber sie nimmt jenen Frauen, die schon die gewünschte Anzahl Kinder haben oder kinderlos sind, die Möglichkeit, in diesen Berufen zu arbeiten. 2009 sorgte Anna Klewez, Absolventin einer juristischen Hochschule, für den ersten Präzedenzfall, als sie sich mit einer Beschwerde an das Oberste Gericht Russlands wandte, wegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bei der Einstellung. Sie hatte versucht, sich bei der U-Bahn als Hilfsfahrerin zu bewerben, jedoch mit Verweis auf die Liste eine Absage erhalten. Dabei gibt es in dem Verzeichnis Berufe, die seinerzeit durchaus erfolgreich von Frauen ausgeübt worden waren. Während des Krieges hat es professionelle Seefrauen, Monteurinnen, Chemikerinnen, Gießereien usw. gegeben. Heute sind all diese Berufe für Frauen verboten. Die Logik, mit der diese Liste erstellt wurde ist recht merkwürdig: Es gibt eine Reihe Berufe mit gesundheitlichen Risiken, in denen Frauen arbeiten. Zum Beispiel als Malerinnen, die jedoch ein geringeres Gehalt beziehen als Lokführer.

Das durchschnittliche Einkommen von Frauen liegt landesweit bei 65 Prozent von dem der Männer, wobei Frauen 58 Prozent derjenigen mit Hochschulabschluss stellen. Der Studie »Karrieremöglichkeiten für Frauen im Unternehmen« von »PriceWaterhouseCoopers« und dem »Managerverband« (»Assoziazija Menedscherow«) zufolge wurde in jedem dritten Unternehmen angegeben, dass Frauen bereit sind, für ein sehr viel geringeres Einkommen als das der Männer zu arbeiten, und dass sie sowohl ihre Arbeit als auch ihre Fähigkeiten als geringer einschätzen (pwc: Career Opportunities for Women in Business, März 2012; <http://www.pwc.ru/hr-consulting/publications/assets/women_in_business_eng.pdf>)

Genderspezifische Einkommensunterschiede werden auch bei Stellenausschreibungen manifest: Bei den meisten Angeboten ist, wenn ausschließlich Männer gesucht werden, die angebotene Bezahlung erheblich höher als bei jenen, mit denen Frauen gesucht werden.

Darüber hinaus stehen auch Vorurteile der Chefs hinsichtlich der Karrierewünsche von Frauen dem beruflichen Aufstieg von Frauen im Wege, ebenso der Unwille, junge Frauen einzustellen, weil die sich möglicherweise bald zu einem Kind entscheiden könnten. Das ist zum Teil auf den Umstand zurückzuführen, dass Frauen in Russland Anspruch auf anderthalb Jahre bezahlten Mutterschaftsurlaub haben, und den auf Wunsch um zusätzliche anderthalb Jahre unbezahlten Urlaub verlängern können, wobei der Arbeitgeber die Stelle für sie freihalten muss. Im

Zuge der Wirtschaftskrise haben Arbeitgeber 2009 in großer Zahl schwangere Mitarbeiterinnen rechtswidrig entlassen. Frauen-NGOs haben in St. Petersburg 700 Fälle registriert, in denen Schwangere entlassen wurden und die Zahlungen der Bezüge an Mütter mit kleinen Kindern ausblieben. Das führte zu einer großen öffentlichen Kampagne der Frauenorganisationen mit der Forderung, die betroffenen Frauen wieder einzustellen. Bei einer großen Protestaktion gingen Hunderte Frauen auf die Straße und protestierten gegen die Missachtung ihrer Rechte.

Zwischen Karriere, Mann und der Rolle einer »echten Frau«

In Russland sind Frauen weiterhin weit von einer Balance zwischen Familie und Beruf entfernt. Der Haushalt sowie die Versorgung von Kindern und älteren Verwandten sind in den meisten Fällen reine »Frauensache«.

Nach Angaben des »Russischen Monitorings zur wirtschaftlichen Lage und zur Gesundheit der Bevölkerung« (1994–1998) verbringen Frauen in Russland rund 30,3 Stunden pro Woche mit Hausarbeit, bei Männern sind es 14 Stunden. Dabei liegt der zeitliche Beschäftigungsumfang von Beruf plus Hausarbeit bei Frauen im Schnitt um 25 Prozent höher als bei Männern.

Vor einiger Zeit ist im Internet ein aufschlussreicher Artikel zum Thema »Mann oder Job aufgeben?« veröffentlicht worden, in dem die Geschichte einer Frau diskutiert wird, die die Hauptlast der materiellen Versorgung ihrer Familie trug, und die für eine neue Arbeit in eine andere Stadt hätte ziehen müssen. Ihr Mann war kategorisch dagegen. Knapp die Mehrheit der weiblichen Internet-User unterstützte die Idee, sich für den Job zu entscheiden, während die männlichen Leser über eine solche Lösung empört waren. Dieser Fall macht deutlich, dass die Karriere einer Frau von Männern nicht als Wert an sich wahrgenommen wird: Sie ist nur als »zweite« Arbeit möglich, und wenn jemand seine Karriere zugunsten des Partners aufgibt, dann ist es die Frau.

Ein weiteres Problem, das auf Druck durch das patriarchale Bewusstsein zurückzuführen ist, sowie darauf, dass Frauen in Russland eine bestimmte Genderrolle aufgezwungen wird, besteht darin, dass Frauen eine Stigmatisierung als schlechte Hausfrau, schlechte Mutter oder schlechte Tochter droht. Aus diesem Grund sind es vor allem die familiären Rollen der Frau, durch die sie in der öffentlichen Meinung definiert und beurteilt wird.

Ein im Jahr 2000 im Auftrag der Weltbank erstellter Bericht zu Genderaspekten der Armut in Russland hat aufgezeigt, dass der Frauenanteil unter den armen Bevölkerungsschichten zunimmt. Diese Feminisierung der Armut betrifft vor allem zwei Bevölkerungsgruppen: Rentnerinnen und alleinerziehende Mütter. Wegen der erwähnten hohen Sterblichkeit bei Männern gibt es fast 120 Prozent

mehr Frauen als Männer im Rentenalter. Und da in Russland das Rentenalter für Frauen bei 55 Jahren liegt und die Rente durchschnittlich umgerechnet rund 150 Euro beträgt (Kurs vom Oktober 2015), machen ältere Frauen einen erheblichen Anteil der von Armut betroffenen aus.

Es ist somit nicht verwunderlich, dass Frauen in Russland weiterhin eine schlecht bezahlte Bevölkerungsgruppe darstellen. Frauen machen auch einen beträchtlichen Anteil der sogenannten »neuen Armen« aus, also jener, die in Armut leben, obwohl sie eine Arbeit haben. Soziologen und Demographen beschreiben die Situation mit folgender Formel: »Männer in Russland verdienen mehr, werden aber eher krank und sterben früher«.

Die Gründe für diese Lage der Frauen liegen nicht nur in strukturellen Beschränkungen, die durch die derzeitige Gesetzgebung in Russland geschaffen werden, sondern auch im patriarchalen Bewusstsein und den Spezifika der russischen Genderordnung, die von Wissenschaftlern als »Neotraditionalismus« bezeichnet wird. Dieser kommt in einer strikten Polarisierung der Genderrollen, doppelten Standards und hartnäckigen Genderstereotypen, vor allem in für Frauen diskriminierender und erniedrigender Form zum Ausdruck. Die öffentliche Meinung in Russland neigt bei der Erklärung von Genderunterschieden zu einem starken Biologismus. Das ist auch der Grund, warum ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung die Auffassung, dass Frauen eine aktive Rolle auf den höchsten Ebenen von Wirtschaft und Politik spielen sollten, nicht teilt. Die Auffassung, das sei »keine Frauensache« ist immer noch sehr verbreitet.

Der Neotraditionalismus kommt auch in den Bereichen Familie und Kultur durch die Besonderheiten zum Tragen, durch die sich Frauen in Russland von denen in Europa unterscheiden. Insbesondere sind Frauen in Russland in sehr viel größerem Maße auf Ehe und Mutterschaft ausgerichtet, als auf Karriere. Daher sind in Russland das Heiratsalter und das Alter bei der Geburt des ersten Kindes niedriger. In der Sprache und in den Vorstellungen existieren hartnäckige Euphemismen zur Bezeichnung von Frauen: »das schwache Geschlecht«, »das schöne Geschlecht«. Auf der Verhaltensebene wird von Frauen Bescheidenheit erwartet, eine untergeordnete Stellung, die Fähigkeit zuzuhören, ohne zu unterbrechen, und nicht die eigene Meinung zu sagen. Die überaus populäre Wendung »eine Frau sollte immer Frau bleiben« spiegelt die verbreiteten Erwartungen an das Äußere einer Frau wider, dass sie selbst als erfolgreiche Politikerin oder Geschäftsfrau auf ihr Äußeres zu achten habe, weiblich, schön und sexy sein soll.

»Konservative Wende« und mögliche Hilfsinstrumente für Frauen

In den vergangenen fünf Jahren sind in der staatlichen Genderpolitik konservative Tendenzen auszuma-

chen. Homophobie und feindliche Haltungen gegenüber ungewöhnlichen Gender-Erscheinungen nehmen zu. 2013 sind zwei Dokumente verabschiedet worden: die »Strategie der Familienpolitik bis 2015« und die »Strategie der Demographie-Politik bis 2025«. In beiden Dokumenten liegt der Akzent auf den demographischen Pflichten der Frau und der Normativität der »traditionellen russischen Familie«, unter der eine registrierte heterosexuelle Ehe mit anschließender Geburt von mindestens zwei Kindern verstanden wird.

In jüngster Zeit wurden Gesetzesänderungen vorgenommen, die das Recht der Frau auf Abtreibung erheblich einschränken. Dies geschah auf intensiven Druck der Russischen Orthodoxen Kirche, die eine strikte *pro life*-Haltung einnimmt. Gleichzeitig fehlen in Russland eigene Gesetze zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Ahndung von häuslicher Gewalt.

Der Druck der patriarchalen Werte führt zu einem hohen Gewaltniveau gegen Frauen. Nach Angaben russischer NGOs werden in der Russischen Föderation täglich 36.000 Frauen von ihren Männern oder Lebensgefährten geschlagen.

Die wenigen existierenden Frauen-NGOs leiden unter mangelnder Finanzierung, und in den letzten zwei Jahren unter einer Vielzahl von Überprüfungen aufgrund des Gesetzes über »ausländische Agenten«. Diesem Gesetz zufolge müssen sich nichtkommerzielle Organisationen, die eine Finanzierung aus dem Ausland erhalten und politisch tätig sind (was sehr breit ausgelegt wird und beispielsweise auch Genderaufklärung und Kritik an der staatlichen Bevölkerungspolitik einschließt), als »ausländischer Agent« registrieren lassen.

Über die Autorin

Irina Kosterina ist Doktorin der Soziologie, Genderforscherin und Programmkoordinatorin »Genderdemokratie« im Länderbüro Russland der Heinrich-Böll-Stiftung.

Lesetipps

- Sperling, Valerie: Sex, Politics, & Putin. Political Legitimacy in Russia. New York: Oxford University Press 2014.
- Bitten, Natalia: A new gender order and a new media in Russia, in: Gender and the Media: peace communication (gendermedia.ru), 15. 03. 2015; <<http://www.zafeminizm.org/219-a-new-gender-order-and-a-new-media-in-russia.html>>.
- Zirin, Marina, Irina Livezeanu, Christine D. Worobec, June Pachta Farris (Hg.): Women & Gender in Central and Eastern Europe, Russia, and Eurasia. A Comprehensive Bibliography, New York: M.E. Sharpe 2007.
- Temkina, Anna: The Gender Question in Contemporary Russia, in: Global dialogue, 3.2012, Nr. 1; <<http://www.isa-global-dialogue.net/the-gender-question-in-contemporary-russia/>>.
- Heinrich-Böll-Stiftung: Die Situation von Frauen in Russland – Eine Einleitung; 16. Februar 2011; <<http://www.gwi-boell.de/de/2011/02/16/die-situation-von-frauen-russland-eine-einleitung>>.
- Smirnova, Julia: Was Frauen in Russland zu sagen haben, in: Die Welt, 02. April 2015; <<http://www.welt.de/politik/ausland/article139057930/Was-Frauen-in-Russland-zu-sagen-haben.html>>.

Der Einsatz für Frauen- und LGBT-Rechte wird dadurch zunehmend als prowestlich und den russischen Werten fremd wahrgenommen. Dieser Druck ist besonders heftig im Nordkaukasus zu spüren, wo ein Großteil der Frauenorganisationen durch Überprüfungen und Drohungen von Seiten lokaler Behörden praktisch gelähmt ist. Die Lage der Frauen dort mutet immer mittelalterlicher an, da in dieser Region Kinderehen, Beschneidung von Frauen und »Ehrenmorde« immer populärer werden.

Letztlich werden die konservativen Tendenzen, die auf politischer und ideologischer Ebene zu beobachten sind, aber längst nicht immer vom realen Leben gestützt. Frauen fordern mittlerweile immer aktiver die Wahrung ihrer Rechte. Eine neue Generation Frauen schiebt Heirat und Kinder immer häufiger hinaus und widmet der Karriere mehr Zeit. Frauen der Mittelschicht nehmen immer öfter die Dienste von Kinderfrauen, Babysittern und Hilfskräften für den Haushalt, die Kinderbetreuung und Pflege von älteren Verwandten in Anspruch. Die Veränderungen haben auch das Verhalten von Männern beeinflusst. In der jüngeren Generation sind auch immer mehr junge Männer Anhänger egalitärer Werte und Prinzipien. In den Großstädten gibt es Männer, die sich als »verantwortungsbewusste« oder »neue« Väter bezeichnen; sie sind bei der Kinderbetreuung aktiv und gehen in Elternzeit. Daher lässt sich behaupten, dass es eine Rückkehr zum Traditionalismus nicht geben wird!

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Sind Frauenrechte Menschenrechte?

Genderdiskriminierungsfälle in Russland und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte

Lisa McIntosh Sundstrom, Vancouver (Kanada) und Valerie Sperling, Worcester (USA)

Zusammenfassung

Unsere Studie versucht der Frage nachzugehen, warum es im Gerichtssystem Russlands und beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) praktisch keine Verfahren wegen Genderdiskriminierung gibt. Die These lautet, dass die Erklärung hierfür in der weit verbreiteten Wahrnehmung zu suchen ist, dass genderbasierte Diskriminierung ein im Vergleich mit anderen Rechtsverletzungen weniger grundsätzliches Menschenrechtsproblem darstellt. Unsere Feldforschung (die auch Interviews mit russischen Menschenrechtsaktivisten, feministischen Aktivisten und Rechtsanwälten einschloss, die Menschenrechtsverletzungen vor russische und internationale Gerichte bringen) hat ergeben, dass diese Wahrnehmung von Menschenrechten, die sowohl bei russischen Menschenrechtlern selbst als auch in der Bevölkerung anzutreffen ist, ein beträchtliches Hindernis bei der Bewusstseinsbildung über Diskriminierung darstellt. Das führt dazu, dass nur wenige Frauen vor Gericht ziehen und es an Anwälten mangelt, die dazu ausgebildet wären, bei Diskriminierungsfällen vor inländischen oder internationalen Gerichten das Mandat zu übernehmen.

Einleitung

»Frauenrechte sind Menschenrechte« – so lautet der Deutungsrahmen der internationalen Gemeinschaft, mit dem über mehrere Jahrzehnte weltweit für eine Anerkennung der Relevanz von Genderdiskriminierung geworben wurde. Mitte der 1990er Jahre hatten Frauenorganisationen in Russland diesen internationalen Ansatz der Diskussion über geschlechtsbezogene Diskriminierung übernommen, da der Verweis auf »Gleichheit« zu sehr an die Ideologie der Bolschewiki und die Doppelbelastung für Frauen in der Sowjetzeit erinnerte (der Druck, außer Haus zu arbeiten – den Männern »gleichgestellt« – und zusätzlich die volle Verantwortung für den Haushalt und die Kinder- und Altenbetreuung zu übernehmen). Die Losung »Frauenrechte sind Menschenrechte« fügte sich gut in die neue – und angeblich demokratisierende – Ausrichtung des russischen Regimes unter Boris Jelzin.

Die Aktivistinnen der Frauenbewegung in Russland mögen seinerzeit wohl geglaubt haben, dass »Frauenrechte sind Menschenrechte« einen wirkungsvollen Rahmen bieten würde, um die Rechte von Frauen zu stärken. Eine Frage aber, die nicht aufgeworfen wurde, war die, ob das auch *Menschenrechtsgruppen* so sahen. Unsere Studie kam zu dem Ergebnis, dass es nur eine bemerkenswert geringe Zahl von Genderdiskriminierungsverfahren gibt, die vor russischen Gerichten und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verhandelt werden.¹

Unsere These ist, dass dies zum Teil durch die weit verbreitete Wahrnehmung von geschlechtsbezogener Diskriminierung als ein im Vergleich mit anderen Rechtsverletzungen weniger grundsätzliches Menschenrechtsproblem zu erklären ist, einer Wahrnehmung, die sowohl bei russischen Menschenrechtlern, als auch beim EGMR selbst anzutreffen ist. In Russland manifestiert sich dieses Problem einerseits in einem mangelnden Interesse von Menschenrechtsgruppen, gegen Diskriminierung von Frauen gerichtlich vorzugehen, und andererseits darin, dass Frauengruppen bei der Netzwerkbildung und der Schulung zur Anstrengung von Gerichtsprozessen außen vor bleiben.

Frauenrechte versus Menschenrechte

Zu den »grundlegenden« Rechten, denen traditionell die Aufmerksamkeit der Menschenrechtsorganisationen gilt, gehören Bürgerrechte (Meinungs- und Vereinigungsfreiheit), wie auch Rechte von Häftlingen und das Recht auf körperliche Unversehrtheit, die durch den Staat verletzt werden könnten (zum Beispiel Folter oder sogar Mord durch Vertreter des Staates, typischerweise durch Polizisten oder Militärangehörige). Menschenrechtsgruppen in Russland übernehmen gewöhnlich die Verteidigung von Menschenrechten, wenn es um Diskriminierung ethnischer Minderheiten (insbesondere aus dem Nordkaukasus oder Tschetschenien) oder sexueller Minderheiten (LGBT-Aktivisten) geht; sie widmen sich aber kaum der Diskriminierung von Frauen aufgrund ihres

1 Wir haben zu dieser Frage im Juni 2014 in Russland eine Feldforschung in Moskau und St. Petersburg durchgeführt. Dabei führten wir Interviews mit Aktivisten von Menschenrechtsorganisationen, von Gruppen, die für Schwulenrechte kämpfen, von Gruppen, die für Frauenarbeitsrechte kämpfen, von Kri-

senzentren für Frauen und von anderen feministischen Gruppen; ebenso sprachen wir mit Rechtsanwälten, die in Russland zu Menschenrechten und Genderdiskriminierung arbeiten.

Geschlechts. Es gibt allerdings Menschenrechtsgruppen in Russland, etwa die in Moskau ansässige Organisation »Astreja« und einzelne Menschenrechtsanwälte, die die Situation anders sehen und begonnen haben, Fälle von Gewalt gegen Frauen aufzugreifen, bei denen der Staat seiner Verpflichtung zum Schutz der Bürger vor Folter und erniedrigender Behandlung nicht nachgekommen ist. Der überwiegende Teil der Menschenrechtsgruppen in Russland betrachtet jedoch Frauenrechte nicht als »fundamental«, wodurch diese auch nicht auf der Agenda dieser Gruppen erscheinen.

Auch der EGMR betrachtet in einem gewissen Maße geschlechtsbezogene und andere Arten der Diskriminierung (etwa aufgrund ethnischer Zugehörigkeit oder der Religion) als weniger fundamentale Verstöße, verglichen mit Verstößen gegen andere Artikel der europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK). Artikel 14 der EMRK (Diskriminierungsverbot) wird als sekundäre Rechtsgarantie eingestuft, bei der Beschwerden wegen Diskriminierung mit anderen Verstößen gegen die EMRK einhergehen müssen, damit der EGMR sie zur Verhandlung zulässt. Der EGMR stellt zur Feststellung einer Verletzung von Artikel 14 sehr hohe Hürden hinsichtlich der Beweislage und der Schwere der Diskriminierung auf, im Unterschied zu einer einfachen Verletzung einiger anderer Artikel der Konvention. Das macht es schwierig, beim EGMR erfolgreich Beschwerde wegen Genderdiskriminierung einzulegen.

Ein Unterschied zwischen einigen, von der Menschenrechts-Community anerkannten »fundamentalen« Rechten und Frauenrechtsthemen besteht in einer Erkenntnis, die Marina Pisklakowa-Parker, Direktorin des in Moskau ansässigen Nationalen Zentrums zur Prävention von Gewalt gegen Frauen »Anna« formuliert hat. Pisklakowa-Parker sagte in einem Interview, dass zumindest in Russland die Menschen unter Menschenrechtsverletzungen eher *Handlungen des Staates gegen seine Bürger* verstehen, als die *Untätigkeit des Staates beim Schutz der Rechte einzelner Bürger oder bestimmter Gruppen*. Bei vielen frauenrechtlichen Fragen, unter anderem in Bezug auf häusliche Gewalt, sexuelle Nötigung, sexuelle Belästigung und berufliche Diskriminierung, erfolgt die Verletzung der Rechte aber, weil der Staat seine Pflicht vernachlässigt, Frauenrechte zu schützen (die oft durch nichtstaatliche Akteure, etwa einzelne Männer oder Arbeitgeber verletzt werden). Hier liegt der Unterschied zur aktiven Verletzung von Bürgerrechten (beispielsweise, wenn der Staat eine Versammlung für rechtswidrig erklärt, was das Recht auf Versammlungsfreiheit verletzt, oder wenn er zulässt, dass ein Häftling schwer geschlagen wird, was einen Verstoß gegen die Bestimmungen der Konvention gegen

Folter darstellt). Eine solche Sicht auf die Menschenrechtsproblematik erweist sich als ein erhebliches Hindernis für die Bewusstseinsbildung in Bezug auf Diskriminierung als eine Form von Menschenrechtsverletzung, und zwar sowohl bei den Menschenrechtlern als auch in der Bevölkerung.

Barrieren für Verfahren am EGMR – die allgemeine Lage

Im August 2015 betrug der Anteil der Beschwerden aus Russland 14,1 Prozent der insgesamt 9.800 Verfahren, die beim EGMR anhängig waren; nur aus der Ukraine gingen noch mehr Beschwerden ein (siehe Grafik 1 auf S 11). Allerdings gibt es darunter sehr wenige Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen, denen Genderdiskriminierung zugrunde lag. Demgegenüber sind Beschwerden über Diskriminierung aufgrund religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit sehr viel häufiger, ganz zu schweigen von den Beschwerden über ein fehlendes faires Verfahren, über unmenschliche Behandlung oder die nicht erfüllte Pflicht des Staates, das Leben seiner Bürger zu schützen. In der Tat gab es nur eine einzige Entscheidung des EGMR zu einer Beschwerde aus Russland, bei der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts eine Rolle spielte – und dort handelte es sich um die Verletzung der Rechte eines Mannes, und nicht der Rechte einer Frau. Konstantin Markin, ein Offizier der Streitkräfte, hatte eine dreijähriger Elternzeit beantragt, die beim russischen Militär nur für Frauen vorgesehen ist. Er hatte vor dem russischen Verfassungsgericht erfolglos darauf verwiesen, dass diese diskriminierende Regelung der von der Verfassung garantierten Gleichheit der Geschlechter widerspreche. Der EGMR entschied, dass ein Verstoß gegen die EMRK vorliegt, und zwar gegen Artikel 14 (Diskriminierungsverbot) in Verbindung mit Artikel 8 (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens durch den Staat). Kurz gesagt, der EGMR befand, dass Markin diskriminiert worden war, weil er ein Mann ist (European Court of Human Rights, Grand Chamber: Case of Konstantin Markin v. Russia, 22. März 2012; <<http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-109868> >).

Dass russische Verfahren zu Gender-Diskriminierung so spärlich sind, ist ein Rätsel, und zwar weil solche Arten von Diskriminierung existieren und im Land weit verbreitet sind. Genderdiskriminierung reicht in Russland von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und sexueller Belästigung bis hin zu einem weitverbreiteten Nichtreagieren des Staates auf Gewalt, die sich in erhöhtem Maße gegen Frauen richtet. Während Genderdiskriminierung auf dem russischen Arbeitsmarkt in vielerlei Form existiert, unter anderem in Lohndiskriminierung, Diskriminierung durch »Anheuern und

Feuern« oder Nichtzahlung von Mutterschafts- oder Kindergeld (wozu der Arbeitgeber verpflichtet ist), gehören Arbeitsrechte nicht zu den Bereichen, die von der EMRK abgedeckt werden; für eine Verletzung dieser Rechte sind Beschwerden an den EGMR derzeit kein praktikabler Weg.

Allerdings sind auch häusliche Gewalt, Vergewaltigung und Tötung im eigenen Heim überwiegend gegen Frauen gerichtet und bilden definitiv eine Grundlage für Beschwerden vor dem EGMR. Die russischen Behörden führen keine Statistik zu häuslicher Gewalt durch den eigenen Partner, doch unserer Analyse von Daten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zufolge sind in Russland jährlich rund 1.500 Todesfälle von Frauen wahrscheinlich auf häusliche Gewalt zurückzuführen.² Darüber hinaus berichten Aktivisten, die zu Gewalt gegen Frauen arbeiten, dass Polizisten auf Beschwerden über häusliche Gewalt und Vergewaltigung in der Partnerschaft reagieren, indem sie dem Opfer die Schuld geben, die Anzeige des Opfers irgendwo »verlegen« oder die Frau beschuldigen, alles erfunden zu haben (ANNA, in den Lesetipps, S. 29; Interview mit M. Mochowa). Vor einigen Jahren wurde in einer Studie geschätzt, dass in Russland weniger als 50 Prozent der Anzeigen, die wegen Vergewaltigung bei den Justiz- und Polizeibehörden erstattet werden, in Ermittlungen oder der Einleitung eines Verfahrens innerhalb eines angemessenen Zeitraums münden (ANNA; in den Lesetipps, S. 26–27). Sexistische Muster in Bezug auf Gewalt gegen Frauen, die im Polizei- und Justizsystem Russlands bestehen, würden eine Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren (Artikel 6 der Konvention) in Verbindung mit Artikel 14 (Diskriminierungsverbot) darstellen.

Es ist wenig plausibel, dass die geringe Zahl der Verfahren am EGMR zu Genderdiskriminierung auf eine Ignoranz der Menschen in Russland bezüglich ihrer rechtlichen Möglichkeiten zurückzuführen wäre. Die Bürger Russlands sind sich der Rechtssysteme, des nationalen wie des internationalen, als Ort der Wiedergutmachung für Rechtsverletzungen deutlich bewusst, trotz aller Klagen über Korruption und Einmischung des Staates, insbesondere bei politisch heiklen Verfahren (Grashdane Rossii i ich prawa: priority, otnoschenije i opyt: Obsor rezultatow soziologitscheskich issledowanij po programme «Ja wprawe», 15 August 2012;

2 Daten der Weltgesundheitsorganisation von 2008 ergeben, dass in Russland 25,7 Prozent der Opfer von Tötungsdelikten Frauen sind, was bedeutet, dass in Russland jährlich ungefähr 3.700 Frauen getötet werden (United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC): Homicide Statistics: Sex of Homicide Victims, 2008; <<http://www.unodc.org/unodc/en/data-and-analysis/homicide.html>>).

<<http://sutyajnik.ru/documents/4146.pdf>>; Hendley: Assessing...; in d. Lesetipps).

Bislang hat der EGMR nur wenige Fälle von Gewalt gegen Frauen zur Prüfung nach Artikel 14 der Konvention angenommen. Die Entscheidung des EGMR in einem Fall von chronischer häuslicher Gewalt (Opuz gegen die Türkei, 9. Juni 2009, <<http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-92945>>) war die erste, die Artikel 14 in ihrem Beschluss erwähnte. Im Fall Opuz ging es um wiederholte häusliche Gewalt, die sich gegen die Beschwerdeführerin richtete, wie auch um die spätere Ermordung der Mutter der Beschwerdeführerin durch ihren Schwiegersohn. Der EGMR kam zu dem Schluss, dass eine Verletzung von Artikel 14 vorlag, in Verbindung mit Artikel 2 (Recht auf Leben) und Artikel 3 (Verbot der Folter), da die Beschwerdeführerin und ihre Mutter aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert worden waren. In diesem Fall war es schwer vorstellbar, dass Ähnliches passiert wäre, wenn die Betroffenen männlich gewesen wären.

Wenn der EGMR auch wenig von der Idee inspiriert sein mag, dass es bei Gewalt gegen Frauen um eine Form von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts geht, so zeigt die Entscheidung im Fall Opuz doch, dass der EGMR sich nicht gänzlich weigert, diese Art der Rechtsverletzung unter der Rubrik Genderdiskriminierung anzuerkennen. Somit liegt die wichtigste Erklärung für den allgemeinen Mangel an EGMR-Entscheidungen zu diesen Fragen also nicht in der Eigensinnigkeit des Gerichts.

Die Sicht russischer Aktivisten auf das Potential für Verfahren nach Artikel 14 EMRK

Neben einem gewissen Widerstand des EGMR, bei Fällen von Menschenrechtsverletzungen gegenüber Frauen auf eine Verletzung von Artikel 14 zu erkennen, bestehen auch auf der innerrussischen Ebene Hürden, die eine Einreichung solcher Beschwerden beim EGMR erschweren. Alle diese Faktoren haben ihre Wurzeln in hartnäckigen sexistischen Vorstellungen in der russischen Gesellschaft.

Hinzu kommt eine Justiz- und Polizeikultur, die sich weigert, Verbrechen gegen Frauen als Teil eines Musters von Genderdiskriminierung wahrzunehmen, und in der es weit verbreitet ist, dem Opfer die Schuld zu geben. Auch dürften Frauen zögern, bei Beschwerden wegen Genderdiskriminierung juristisch vorzugehen, in der Annahme, dass die Justiz solchen Beschwerden ablehnend gegenübersteht. Hindernisse im russischen Justizsystem für die Verfolgung von häuslicher Gewalt, etwa die Vorgabe, dass Opfer – außer bei extremer Schwere der Umstände – ihre Fälle selbst strafrecht-

lichverfolgen müssen («persönliche Verfolgung»), halten Frauen ebenfalls davon ab, Fälle dieser Art vor russische Gerichte zu bringen oder durch diese verfolgen zu lassen. Darüber hinaus besteht in Russland auch bei Frauen selbst ein gewisser Mangel an Genderbewusstsein. Das könnte eine Ursache für die Tatsache sein, dass nur wenige Frauen Diskriminierung (sei es im Arbeitsbereich, bei Gewalt durch den Partner oder in anderen Kontexten) als rechtswidrig ansehen. Aus dieser Perspektive heraus werden häusliche Gewalt, Vergewaltigung und sexuelle Belästigung nicht als Verbrechen betrachtet, die überproportional eine bestimmte Bevölkerungsgruppe (Frauen) treffen und somit eine Diskriminierung darstellen. Auch gibt es nur wenige Rechtsanwälte, die mit Diskriminierungsfällen vertraut oder darin geschult sind, diese vor Gericht zu bringen. Das macht es recht unwahrscheinlich, dass Diskriminierungsopfer an einen Anwalt geraten, der die Fähigkeiten oder das Interesse besitzt, diese Fälle vor Gericht zu bringen (sei es nun auf inners Russischer oder internationaler Ebene).

Ein Schlüsselproblem: Die Dynamik in der Menschenrechts-Community

Während die oben genannten Hindernisse erklären, warum es so wenige Fälle von Genderdiskriminierung gibt, die Frauen aus der Bevölkerung verfolgt sehen wollen, ist es darüber hinaus ein Rätsel, warum es so wenige Frauenrechtsaktivisten gibt, die dafür werben oder es unternehmen, Fälle bis vor den EGMR zu bringen. Anhand früherer Studien über die Dynamik der Antagonismen zwischen der Menschenrechtsbewegung in Russland und der feministischen Bewegung entwarfen wir die Hypothese, dass diese Dynamik einer der Faktoren sein könnte, der für die geringe Zahl von Beschwerden über Genderdiskriminierung verantwortlich ist, die beim EGMR eingereicht werden. Wir haben diese Dynamik mit den Begriffen »Sexismus-Problem« und »Netzwerk-Problem« umrissen.

Das Sexismus-Problem

»Traditionelle« Menschenrechtsorganisationen wie die »Moskauer Helsinki-Gruppe« (MHG) oder »Memorial«, die im ganzen Land bekannt sind, die Menschenrechtsbewegung dominieren und ihre Wurzeln in der Dissidentenbewegung der Sowjetzeit haben, stehen Frauenrechten und feministischen Anliegen nicht sonderlich wohlgesonnen gegenüber. Frauen wenden sich mit ihren Problemen nicht an diese Organisationen, und letzteren kommt es nicht in den Sinn, diese Fragen aufzugreifen und zu verfolgen.

Im Verlauf der Feldstudie haben wir von Vertretern von Menschenrechtsorganisationen wiederholt erfahren, dass sie sich auf »fundamentale« Rechte – im Gegen-

satz zu Frauenrechten – konzentrieren. Befragte aus der Führungsriege der großen Menschenrechtsorganisationen bestritten, dass geschlechtsbezogene Diskriminierung als Problem für Frauen in Russland existiere, und wenn doch, dann sei es nicht ein Problem, dem sich Menschenrechtsgruppen widmen sollten. Während einige der Befragten Diskriminierung als gesellschaftliches Problem wahrnahmen, betrachteten sie es dennoch nicht als relevant für das Profil ihrer Organisation oder verfügten nicht über die Zeit oder die organisatorischen Ressourcen, um sich mit frauenrechtlichen Themen zu befassen, da so viele Themen zu »fundamentalen Rechten« auf ihrer Agenda stünden.

Inzwischen haben viele Mainstream-Menschenrechtsorganisationen den LGBT-Rechten ernste Aufmerksamkeit geschenkt und dies mit der Mission ihrer Organisation in Verbindung gebracht. Die Beschäftigung mit LGBT-Rechten ist sicherlich mehr als berechtigt, angesichts all der Jahre, die das Grundrecht von LGBT-Bürgern, Protestveranstaltungen und Gay-Prides zu organisieren, bereits unterdrückt wird, und angesichts des föderalen Gesetzes von 2013 gegen homosexuelle »Propaganda« (dem im Gebiet Rjasan und in St. Petersburg eine Reihe ähnlicher Gesetze vorausgegangen waren). Hinzu kommt eine steigende Anzahl von Hassverbrechen gegen Mitglieder der LGBT-Community, die der Verabschiedung dieser Gesetze folgten. Dennoch ist diese Entwicklung angesichts des Unwillens, Fragen der Diskriminierung von Frauen aufzugreifen, bezeichnend.

Gleichzeitig sind die Animositäten zwischen feministischen und traditionellen Menschenrechtsgruppen nicht nur eine Folge von sexistischen Einstellungen von Menschenrechtsaktivisten. Insbesondere Aktivisten, die zum Thema Gewalt gegen Frauen arbeiten, missfällt bisweilen das Bestreben von Menschenrechtsgruppen, sich für Beschuldigte und Inhaftierte einzusetzen.

Das »Netzwerk-Problem«

Das zweite Problem ist ein organisatorisches und erwächst aus dem ersten. Da Menschenrechtsorganisationen normalerweise Frauenrechte und Diskriminierung von Frauen nicht als »fundamentale« Menschenrechtsfragen betrachten, besteht in beträchtlichem Maße eine Trennung zwischen feministischen Netzwerken und Menschenrechtsnetzwerken.

Es waren vor allem die traditionellen Menschenrechtsorganisationen, die von westlichen Geldgebern als Empfänger besonderer Schulungen ausgewählt wurden, um erfolgreich Beschwerden beim EGMR einzureichen, und die selbst Fortbildungsseminare für Menschenrechtsanwälte zur Erstellung von Beschwerden an den EGMR durchführen. Die traditionellen Men-

schenrechtsorganisationen sind auch diejenigen, die in großer Zahl Fälle vor den EGMR gebracht haben. Da sie jedoch nicht mit Frauenrechtsfragen zu tun haben, ist es unwahrscheinlich, dass Frauen, deren Fälle von geschlechtsbezogener Diskriminierung potentiell vor den EGMR gehören, jemals bei diesen Organisationen um Unterstützung nachsuchen.

Einige der von uns Interviewten aus der traditionellen Menschenrechts-Community haben bei der Frage, wo Opfer der verschiedenen Menschenrechtsverletzungen aller Wahrscheinlichkeit Hilfe suchen, auf diese Arbeitsteilung verwiesen. Unser Befund ist, dass Anwälte und Feministen, die zu Frauenrechten arbeiten, kaum jemals zu einer Schulung oder einem Info-Seminar zum EGMR eingeladen wurden, die von Menschenrechtsorganisationen veranstaltet wurden. Somit geben Mainstream-Menschenrechtsorganisationen, die sich vor allem mit »fundamentalen« Menschenrechten befassen, weiterhin Kenntnisse und Fähigkeiten an Aktivistinnen und Anwälte weiter, die mit ihrem Netzwerk verbunden sind; aber sie ziehen nicht feministische Aktivistinnen hinzu. Gleichzeitig verfügen die meisten feministischen Gruppen nicht über die notwendige Expertise zu den prozessualen Mechanismen des EGMR, um andere Feministinnen darin zu schulen, Beschwerden beim EGMR einzureichen und dort zu vertreten. Die Rechtsanwältinnen, mit denen wir uns getroffen haben und die eine Fortbildung erfahren hatten, wie Fälle zu Frauenrechten oder der Diskriminierung von Frauen vor Gericht gebracht werden können, haben diese Schulung nahezu ausnahmslos im Ausland erhalten.

Die Kluft zwischen Menschenrechts- und Frauenrechts-Netzwerken schafft eine Situation, in der es in ganz Russland kaum mehr als eine Handvoll Rechtsanwältinnen gibt, die bekanntermaßen zu diesen Fragen arbeiten. Somit ist es kaum wahrscheinlich, dass Opfer und Anwalt zueinander finden; zudem können die Anwältinnen, die zu diesen Themen arbeiten, nur einen begrenzten Teil der Fälle übernehmen, die an sie herangetragen werden.

Über die Autorinnen:

Lisa McIntosh Sundstrom ist Associate Professor für Politische Wissenschaft an der Universität von British Columbia in Vancouver und Autorin von »Funding Civil Society: Foreign Assistance and NGO Development in Russia« (Stanford University Press, 2006) wie auch zahlreicher Zeitschriftenartikel zur Frauen- und Menschenrechtsarbeit.

Valerie Sperling ist Professorin und Inhaberin des Lehrstuhls für Politische Wissenschaft an der Clark Universität in Worcester (Massachusetts) und zuletzt Autorin von »Sex, Politics, and Putin: Political Legitimacy in Russia« (Oxford University Press, 2015).

Sundstrom and Sperling sind Ko-Autorinnen eines Buches über Schwierigkeiten, Fälle von Genderdiskriminierung vor russische und türkische Gerichte sowie den EGMR zu bringen.

Schlussfolgerungen

Die beschriebenen Barrieren, die verhindern, dass Fälle von Genderdiskriminierung in Russland vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte landen, sind symptomatisch für eine Reihe von Problemen, mit denen sich Frauenrechtsaktivistinnen weltweit konfrontiert sehen. Spannungen zwischen den Menschenrechtsagenden und den Frauenrechtsanliegen gibt es nicht nur in Russland. Der Widerstand von Menschenrechtsnetzwerken, Frauenrechtsthemen aufzugreifen ist ein seit Langem bestehendes Problem bei der weltweiten Organisation von Menschenrechtsarbeit. Unsere Analyse der lokalen Ebene zeigt auf, wie einige der Folge-Effekte dieser Spannungen für feministische Aktivistinnen aussehen können, die im Einsatz der von Menschenrechtsorganisationen eingesetzten genutzten juristischen Instrumente weiterhin ungeschult sind.

Abschließend sollen zwei klare Politikempfehlungen an Geberorganisationen formuliert werden, die an einer Unterstützung der Arbeit für Frauen- und Menschenrechte in Russland interessiert sind. Zum einen muss die Erfassung von Daten über Muster der Genderdiskriminierung in Russland verbessert werden, sei es beim Umgang der Mitarbeiter von Polizei und Gerichten mit Beschwerden von Frauen oder bei Reaktionen auf diskriminierende Verhaltensmuster von Arbeitgebern und Bildungseinrichtungen. Die Gerichte verlangen, dass Anwältinnen klare Muster des Fehlverhaltens in staatlichen Strukturen überzeugend darlegen und dadurch zeigen dass Diskriminierung und nicht ein individuelles Vergehen stattgefunden hat. Die Organisationen benötigen die entsprechenden Ressourcen zum Sammeln dieser Daten. Als zweites ist es notwendig, dass die Ausbildung im Einsatz internationaler juristischer Instrumente einem breiteren Kreis von Anwältinnen und NGO-Aktivistinnen zugute kommt, und dass zu diesem Kreis auf jeden Fall auch Frauenrechtsanwältinnen gehören.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Interviews im Rahmen der Feldforschung:

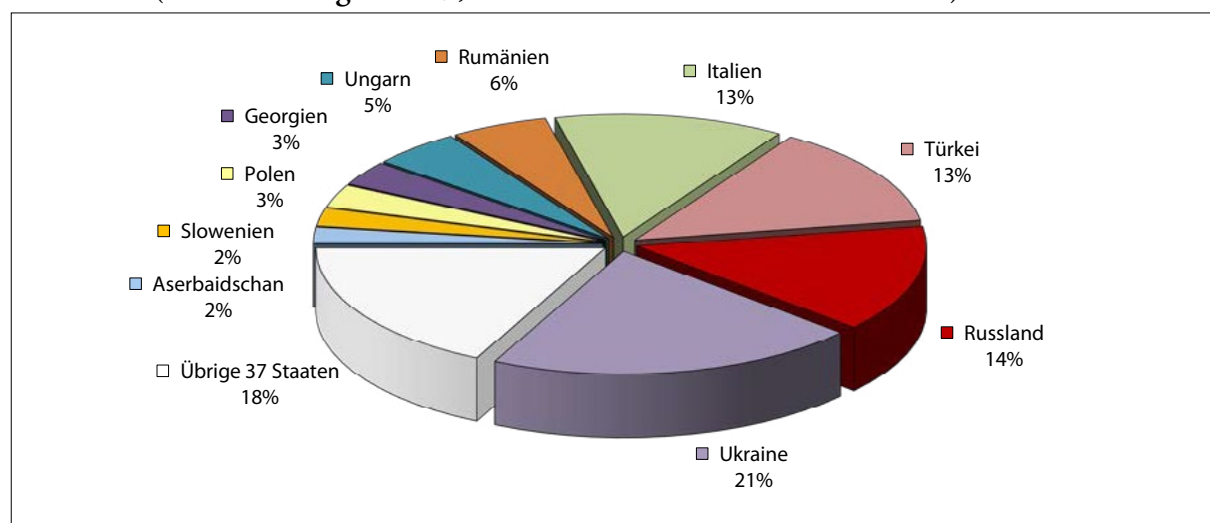
Moskau: Julija Antonowa (Amerikanische Anwaltsvereinigung, Moskau), Schriftliche Antworten an die Autorinnen, 23.07.2014; Grigor Awetisjan (»Astreja«/SRJI), 17.06.2014; Mascha Bast (Russischer Verband der Menschenrechtsanwälte) 10.06.2014; Natalja Bitten (Initiativgruppe »Für Feminismus«), 14.06.2014; Mari Dawtjan (Anwältin, Moskauer juristisches Zentrum), 18.06.2014; Mark Fejgin (Anwalt) 15.06.2014; Rustem Juldaschew (MGIMO), 19.06.2014; Jelena Gerasimowa (Zentrum für für soziale und Arbeitsrechte) 18.06.2014; Polina Kalnizkaja (Konsultantin für Wirtschaftsethik und soziale Verantwortung), 19.06.2014; Tatjana Kasatkina (Memorial, Moskau) 18.06.2014; Kirill Korotejew (Memorial, Moskau) 18.06.2014; Tanja Lokschina (Human Rights Watch) 19.06.2014; Jekaterina Mischina (University of Michigan Law School) 13.06.2014; Marija Mochowa (Zentrum »Schwestern«), 16.06.2014; Aleksej Parschin (Anwalt), 20.06.2014; Marija Pisklakowa-Parker (Nationalen Zentrums zur Prävention von Gewalt gegen Frauen ANNA), 19.06.2014; Alexej Ponomarjow (»Astreja«/SRJI), 17.06.2014; Lew Ponomarjow (Bewegung »Für Menschenrechte«), 09.06.2014; Margret Satterwaite (Aktivistin), 13.06.2014; Furkat Tischajew (Astreja/SRJI), 17.06.2014; Marija Woskobitowa (Amerikanische Anwaltsvereinigung, Moskau), 16.06.2014; Marianna Wronskaja (»Goluba«), schriftliche Antworten an die Autorinnen, 20.06.2014.

St. Petersburg: Polina Andrianowa (»Wychod«), 26.06.2014; Dmitrij Bartenev (Anwalt) 23.06.2014; Valentina Frolowa (Anwältin, Krisenzentrum für Frauen), 27.06.2014; Sergej Golubok (Kanzlei »Semenjako, Golubok & Partner«), 23.06.2014; Mascha Koslowskaja (RLGBT-Netzwerk), 24.06.2014; Ella Panejach (Institut für Fragen der Rechtsstaatlichkeit, Europäische Universität in St. Petersburg), 25.06.2014; Irina Rumjanzewa (»Egida«), 26.06.2014; Rima Scharifullina (»Egida«), 24.06.2014; Anonyme Angestellte eines Krisenzentrums für Frauen in St. Petersburg 26.06.2014.

Lesetipps

- ANNA National Center for the Prevention of Violence: Violence Against Women in the Russian Federation: Alternative Report to the United Nations Committee on the Elimination of Discrimination Against Women, 46th session, Examination of the 6th and 7th reports submitted by the Russian Federation, Juli 2010; <www2.ohchr.org/english/bodies/cedaw/docs/ngos/ANNANCPV_RussianFederation46.pdf>
- Chaykovskaya, Evgeniya: UN Report puts Russia among leaders in homicide rates, in: The Moscow News, 24 October 2011; <<http://themoscownews.com/russia/20111024/189146825.html>>.
- Hendley, Kathryn: Mobilizing Law in Contemporary Russia. The Evolution of Disputes over Home Repair Projects, in: The American Journal of Comparative Law, 58.2010, Nr. 3, S. 631–678.
- Hendley, Kathryn: Assessing the Rule of Law in Russia, in: Cardozo Journal of International and Comparative Law, 14.2006, Nr. 3, S. 347–392.

Grafik 1: Anhängige Beschwerden vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (Stand: 31. August 2015, Gesamtzahl der Beschwerden: 69.300)

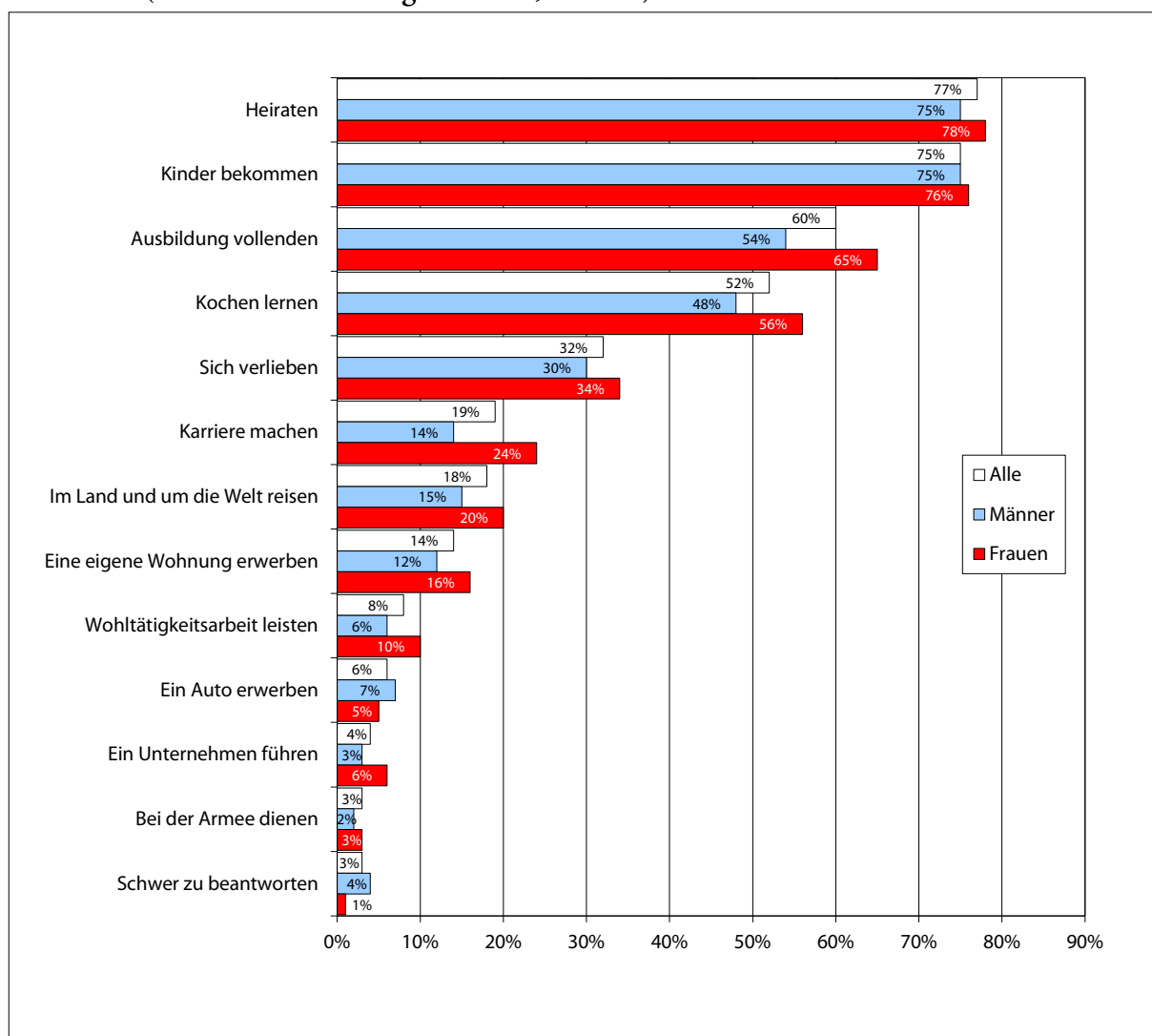


Quelle: <http://www.echr.coe.int/Documents/Stats_pending_month_2015_BIL.pdf>

UMFRAGE

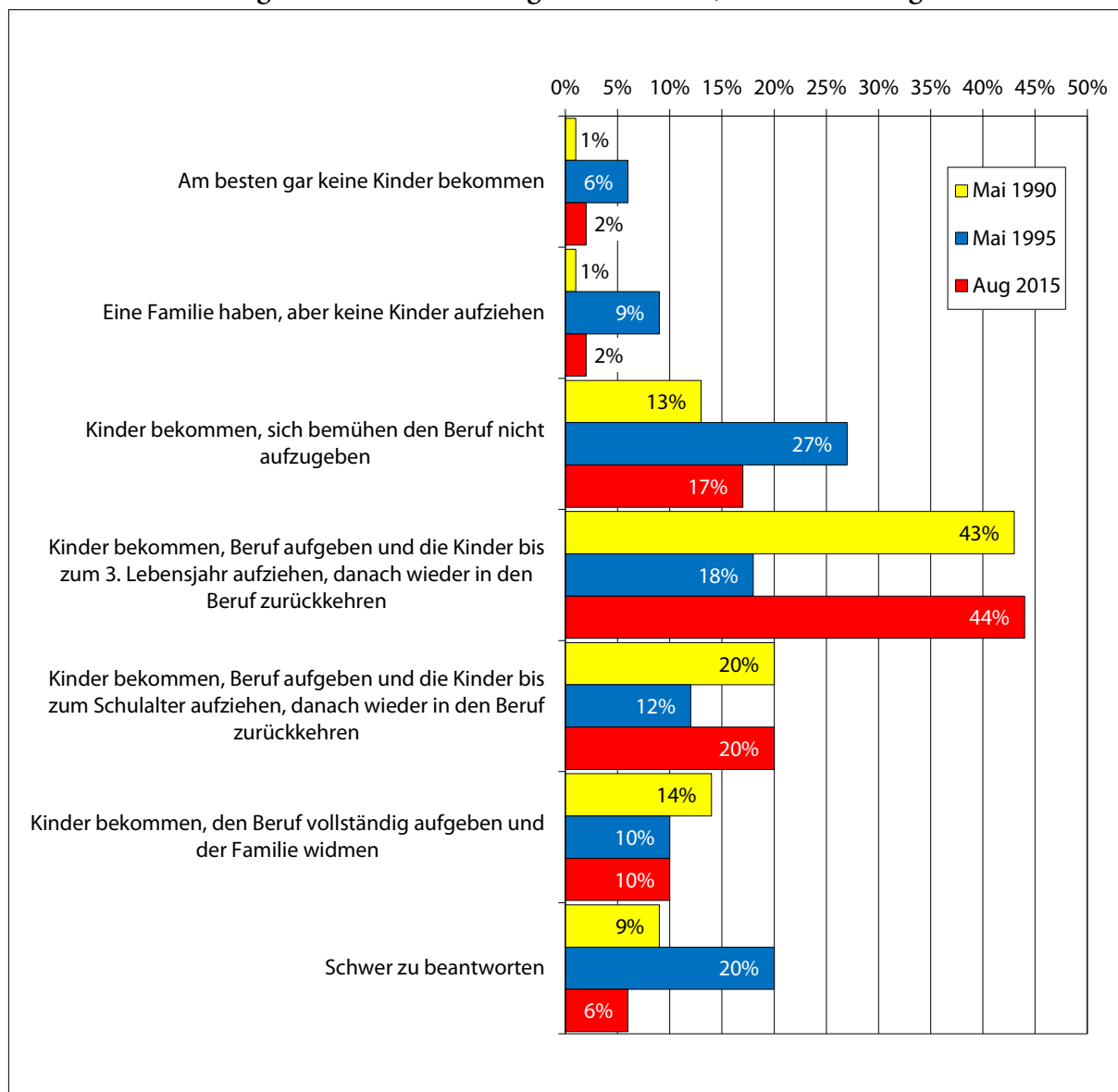
Genderrollen und -stereotype

Grafik 2: Was muss eine Frau heute, Ihrer Meinung nach, bis zum 30. Lebensjahr machen? (mehrere Antwortmöglichkeiten; N= 800)



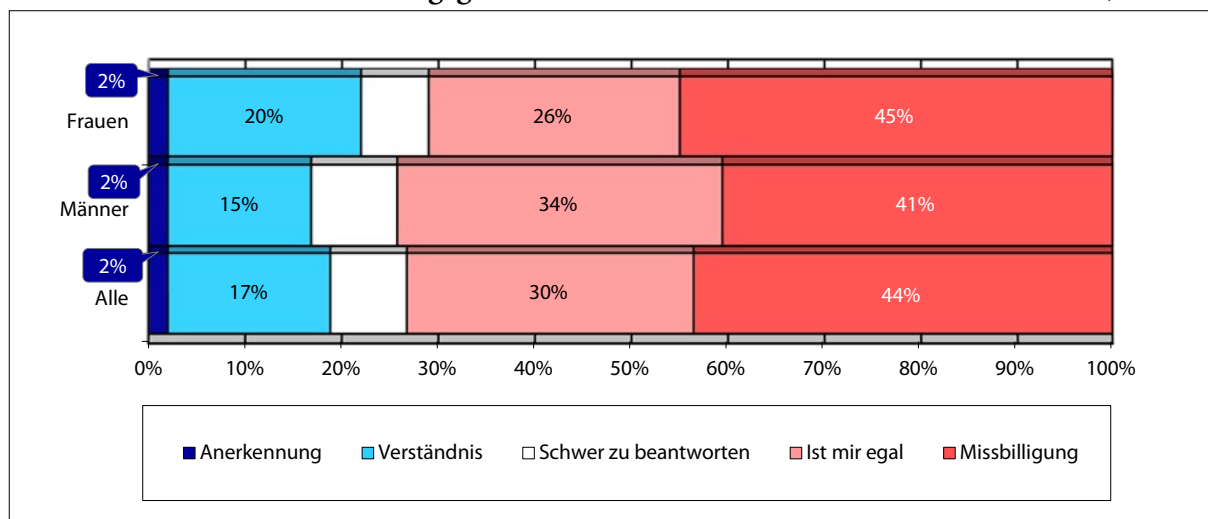
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 7.–10. August 2015, N=800 /1600 <<http://www.levada.ru/print/26-08-2015/30-letnii-rubezh-gendernye-rol-i-stereotipy>>, 28. August 2015

Grafik 3: Familie, Kinder, Arbeit... Frauen vereinbaren dies auf unterschiedliche Weise. Welche Auffassung kommt Ihrer Meinung am nächsten? (eine Antwortmöglichkeit; N=1600)



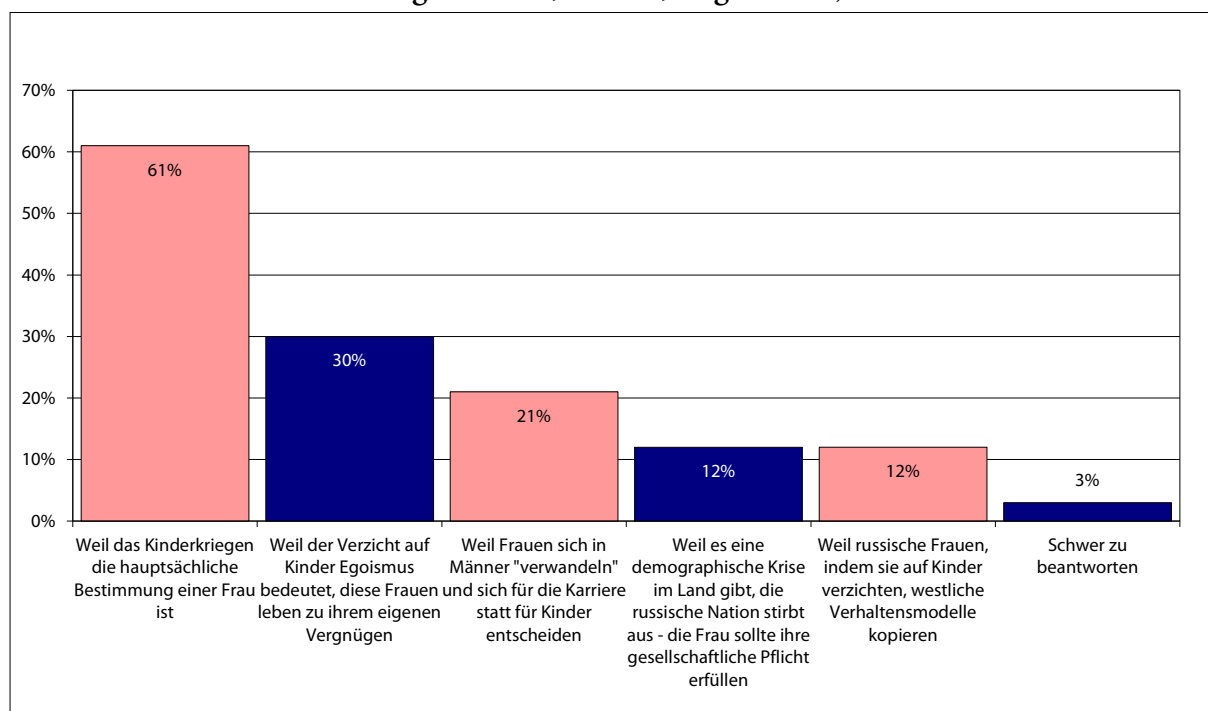
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 7.–10. August 2015, N=800 /1600 <<http://www.levada.ru/print/26-08-2015/30-letnii-rubezh-gendernye-rol-i-stereotipy>>, 28. August 2015

Grafik 4: Wie verhalten Sie sich gegenüber Frauen, die bewusst auf Kinder verzichten? (N=1600)



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 7.–10. August 2015, N=800 /1600 <<http://www.levada.ru/print/26-08-2015/30-letnii-rubezh-gendernye-rol-i-stereotipy>>, 28. August 2015

Grafik 5: Warum verhalten Sie sich gegenüber diesen Frauen mit Missbilligung? (in % derjenigen, die sich missbilligend gegenüber Frauen äußerten, die auf Kinder verzichten, mehrere Antwortmöglichkeiten; N= 697, August 2015)



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 7.–10. August 2015, N=800 /1600 <<http://www.levada.ru/print/26-08-2015/30-letnii-rubezh-gendernye-rol-i-stereotipy>>, 28. August 2015

Der heilige Krieg Putins in Syrien

Am 30. September hat das russische Militär Luftangriffe auf Positionen der Terror-Miliz »Islamischer Staat« durchgeführt. Die Operation begann bereits wenige Stunden nachdem der russische Föderationsrat verfassungsgemäß die Zustimmung zum Einsatz russischer Truppen im Ausland erteilte. Kurz nach den ersten Luftangriffen erschienen erste Meldungen über zivile Opfer, die das russische Verteidigungsministerium sogleich dementierte und zu »Informationsangriffen« erklärte. Der Pressesprecher des Präsidenten Dmitrij Peskow teilte mit, alle Luftangriffe seien mit Damaskus abgestimmt. Politiker, Publizisten und Blogger diskutieren den neuen Einsatz des Militärs durch den Kreml, schätzen innen- und außenpolitische Risiken ein und vergleichen den Militäreinsatz in Syrien mit dem Afghanistan-Krieg der Sowjetunion. Es meldeten sich u. a. der Publizist Alexander Prochanow, der Politikwissenschaftler Stanislaw Belkowskij, der Chef der Republik Tschetschenien Ramsan Kadyrow, der Publizist Alexander Morosow, der Wirtschaftsexperte Alexander Rasuwajew, sowie der Investigativjournalist Jewgenij Lewkowitsch zu Wort.

Prochanow: Gott schütze Euch, russische Piloten!

»Syriens Präsident Baschar al-Assad hat Russland um militärische Hilfe bei dem Kampf mit dem Kalifat gebeten. Putin hat beim Föderationsrat einen Antrag auf einen Auslandseinsatz der Streitkräfte Russlands gestellt. Der Föderationsrat hat die Genehmigung erteilt. Nun hängen am Unterleib der russischen Bomber Raketen und Bomben für Luftschläge gegen Ziele, die vom IS kontrolliert werden.

Schon werden Stimmen über imperiale Ambitionen Russlands laut – es wird von russischer Expansion geredet, von einem weiteren Afghanistan. All das ist entweder pazifistische Verirrung oder heimtückische Propaganda. Denn der IS bedeutet schon heute einen Angriff auf strategische Grenzen der Russischen Föderation. Und die Verteidigung dieser Grenzen erfolgt nicht nur am Stadtrand von Damaskus, wo bereits die Geschosse des IS detonieren, sondern auch im Nordkaukasus und in Zentralasien.

[...]

Wollen wir etwa wirklich dass sich eine Riesenexplosion in den Regionen Zentralasiens zusammenbraut, deren Splitter in Richtung Russland fliegen werden? Begreifen wir es wirklich nicht, dass es den IS bis zum Nordkaukasus und weiter zum Wolga-Gebiet zieht? Das können wir nicht zulassen. Daher auch die Entscheidung unserer Regierung über einen Einsatz der Streitkräfte Russlands jenseits der Landesgrenzen.

[...]

Erst vor kurzem hatte Obama verkündet, dass über der Menschheit drei furchtbare Übel schweben. Das seien der IS, Ebola und Russland. Russland wurde von den Amerikanern dämonisiert, wurde dem IS und seinem fürchterlichen Angriff auf die Menschheit gleichgestellt. Die Amerikaner haben jedoch davon abgesehen. Bei der Vollversammlung der UNO haben sich Putin und Obama Hände geschüttelt und mit Gläsern voll Wein angestoßen. Danach zogen sie sich zu einer geschlossenen Sitzung zurück und kamen überein, das Vorgehen zu koordinieren.

Und schauen Sie sich Europa an. Arrogant und überheblich hat es Russland all die Jahre mit seinen Vorwürfen angegriffen. Nun ist Europa traumatisiert; nach Europa sind Massen von Einwanderern und Flüchtlingen geströmt. Das ist Ergebnis der fürchterlichen Explosion in Nordafrika und den arabischen Staaten. Auch Merkel versteht, dass ein Sturz Assads zu einer nächsten Einwanderungswelle führen wird, und sagt nun, dass Assad ein akzeptabler Akteur sei und man ihn während der Nah-Ost-Verhandlungen berücksichtigen solle. Franzosen und Italiener pflichten ihr bei. [...]

Wie werden sich die Ereignisse weiter entwickeln? Schaffen wir es, innerhalb kürzester Zeit den IS zu stoppen und zu zerschlagen? Werden wir es nach einem Sieg über den IS schaffen, ein zweites Jalta zu versammeln, die in der Welt angehäuften Widersprüche zu beseitigen und das internationale Leben zu harmonisieren? [...]

Gott schütze Euch, russischen Piloten! Der Sieg sei Euer!«

Alexander Prochanow am 2.10.2015 auf izvestia.ru; <<http://izvestia.ru/news/592469#ixzz3nVjuO5Dw>>.

Belkowskij: Luftangriff Putins in Syrien mit Obama abgesprochen

»Liebe Freunde und Mitfühlende,

heute wurde viel über die Frage debattiert, ob Russland seinen Einsatz in Syrien mit den USA abgestimmt hat, im Rahmen des jüngsten Gesprächs zwischen W.W. Putins und B.B.H. Obama.

Meiner Meinung nach wurde er natürlich abgestimmt.

Die USA haben Russland ungefähr Folgendes gesagt: Wenn Ihr, Kinderchen, bereit seid, mit euren [Streit]Kräften und auf Eure Kosten, u. a. auf Kosten Eurer zahlreichen billigen Menschenleben, unsere schmutzige Arbeit zu machen, haben wir nichts dagegen. Und dann müssen wir abwarten, was dabei rauskommt.

Weder Liebe, noch die Rückkehr zur Weltordnung von Jalta und Potsdam, noch eine Aufhebung der Sanktionen im Gegenzug für die Zerschlagung des IS sind von Washington versprochen worden.

Geht zum IS, besiegt ihn, wenn Ihr könnt. Danach werden wir weiterreden.

Putin aber scheint von Euphorie gepackt. Als ob er dort jemanden eins in die Fresse verpasst hätte.

Danke für die entstandenen Unannehmlichkeiten«

Stanislaw Belkowskij am 30.09.2015 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/joshua.raynolds/posts/954205227958403>>.

Kadyrow: Ich unterstütze den Syrien-Einsatz des Präsidenten Putin

»Ich unterstütze voll und ganz den Beschluss des Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin zum Einsatz der Streitkräfte Russlands zur Bekämpfung der Terroristen in Syrien. Ich bin der Überzeugung, dass das Böse in der eigenen Höhle liquidiert werden muss. Wir können nicht warten, bis sie in unsere Städte und Dörfer kommen. Das Vorgehen Russlands findet in der muslimischen Welt breite Unterstützung, denn der Iblis-Staat¹ stellt den ärgsten Feind des Islams dar. Seine Banditen töten vor allem Muslime und zerstören Heiligtümer. Wichtig ist, dass Russland streng nach den Normen des Völkerrechts vorgeht. Der Präsident Syriens hat um Hilfe gebeten. Wir haben positiv entschieden. Amerika, Australien, Frankreich und andere benehmen sich wie Räuber. In Syrien sind Berater vonnöten. Wenn der Oberbefehlshaber der Streitkräfte Russlands, Wladimir Putin, den Befehl erteilt, sind wir bereit, schon morgen Spezialisten von Weltniveau, die im Westen ihresgleichen suchen, zur Verfügung zu stellen. Wir haben Erfahrung und Kenntnisse. Natürlich fällt dem Präsidenten die Entscheidung nicht leicht, russische Streitkräfte in einem anderen Land einzusetzen. Wir haben uns bis dato auf die diplomatischen und politischen Kanäle beschränkt, um auf die Situation einzuwirken. Aber Amerika und seine Partner gießen nur Öl ins Feuer, statt den Brandherd zu löschen. Und dieser Brandherd liegt gleich nebenan. Deswegen konnte Russland nicht mehr länger warten. In dieser Situation müssen wir alle innenpolitischen Diskussionen vergessen und Präsident Putin, unsere Streitkräfte, unsere Piloten, die an vorderster Front stehen, entschlossen unterstützen!«

Ramsan Kadyrow 30.09.2015 auf vk.com <https://vk.com/ramzan?w=wall279938622_71490>

Morosow: Kadyrow erntet höllische Dividenden

»Syrien. Zum einen, Kadyrow (und überhaupt unsere gesamte, bildhaft gesprochen, »Moskauer Zentralmoschee«) erntet wieder höllische Dividenden, weil er nun ein wichtiges Regulierungselement darstellt. Zweitens, streicht Schoigu Dividenden ein (denn »die Armee funktioniert«). Drittens, Vater Wsewolod Tschaplin hat süße Träume, denn orthodoxe Ritter in russischen Fliegern, die den richtigen Islam gegen den falschen verteidigen – das bedeutet schlichtweg eine Erfüllung des Traums vom »muslimisch-orthodoxen Dress-Code«. Und dann noch die Transformation von unten des Populismus von »Die Krim ist unser« zu »Syrien ist unser«; das ist ein großer Erfolg Putins. Schließlich wurden bei »Die Krim ist unser« quasi die eigenen geschlagen, Verwandte, könnte man sagen. Nun sind es irgendwelche unbekanntes »IS-Faschisten«.

Und dann rücken auch die Wahlen näher, zunächst 2016 [die Duma-Wahlen, d. Red.] danach die Präsidentschaftswahlen. Das bedeutet, dass die politische Klasse (anders ausgedrückt: »jede dahergelaufene Sau«) sich noch aktiver am Wettbewerb bei der Zurschaustellung eines »Hurra-Patriotismus« und dem Lärm um Siegesbotschaften beteiligen muss... Ungefähr so sehen wohl die politischen Folgen aus.«

Alexander Morosow am 1.10.2015 auf Facebook; <https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10204849324097373&id=1367268883>.

Rasuwajew: »Syrien ist unsere Selbstverteidigung«

»Die Schläge der russischen Luftwaffe in Syrien haben zwangsläufig die potentiellen Gefahren, mit denen Russland möglicherweise konfrontiert wird, in den Vordergrund gerückt. Die Gefahr terroristischer Anschläge, die wir allmählich vergessen hatten, wird nun wieder zur Realität. Natürlich werden die russischen Sicherheitsdienste alles tun, um unser Land vor Terroranschlägen zu schützen. Ein negatives Szenario kann aber nicht ausgeschlossen werden. Die alternativ begabten Blogger und Politologen haben bereits verkündet, dass die russische Regierung am vergossenen Blut einfacher russischer Bürger Schuld sein wird. [...]

Unsere Liberalen haben sich schon ins Zeug gelegt, Syrien mit Afghanistan zu vergleichen. Vor diesem Hintergrund wird übrigens der Afghanistan-Krieg erneut mit Lügen und Dreck übergossen. Von daher erscheint es sinn-

1 Iblis – teuflischer, böser abtrünniger Geist; d. Red.

voll, sich daran zu erinnern, was der Afghanistan-Feldzug war, und worin der wesentliche Unterschied zum Syrien-Einsatz besteht.

Während der Perestroika wurde das Thema Afghanistan-Krieg zu einer mächtigen Informations-Waffe, um das sowjetische Reich zu zerstören. Insbesondere unsere Verluste wurden dabei immer wieder thematisiert. Dabei ist die Zahl [der Gefallenen], prozentual zu den Militärangehörigen, die an diesem Krieg beteiligt waren, sehr klein: Laut offiziellen Statistiken sind 620.000 sowjetischer Soldaten [über die Jahre, d. Red.] in Afghanistan eingesetzt gewesen; die Verluste lagen bei 15.051. Die Verluste der Mudschaheddin schwanken stark, lagen aber wohl zwischen 1 und 2 Millionen. Mir, einem Menschen mit imperialen Ansichten, gefällt dieses Verhältnis der Verluste auf jeden Fall.

Eine weitere Lüge ist der Mythos, dass der Krieg in Afghanistan die Wirtschaft der UdSSR untergraben habe. Eine Steigerung der Verteidigungsausgaben und des Militärbudgets fördert immer das Wirtschaftswachstum. Diesen ungeachtet war Afghanistan aber ein lokaler Konflikt und sein Einfluss auf die Wirtschaft der Sowjetunion war sehr gering. Die Wirtschaft der UdSSR wurde durch das von der Gorbatschowschen Politik verursachte Chaos und den Fall der Erdölpreise ruiniert.

Nun aber der Hauptunterschied:

Afghanistan war ein gewöhnlicher imperialer Krieg, wie ihn alle Imperien zu allen Zeiten führten. Syrien ist russische Selbstverteidigung. Wir konnten einfach nicht mehr warten und haben als erste zugeschlagen. Hinter denen stehen die Schaitane und die NATO, hinter uns Gott und die Wahrheit«.

Alexander Rasuwajew am 4.10.2015 auf odnako.org; <<http://www.odnako.org/blogs/afganistan-bil-voinoy-imperii-siriya-nasha-samooborona/>>

Lewkowitsch: Ich will das nicht verstehen

»Ich lese, lese über Syrien. Ich lese die Klugen, die sich mit der Frage auskennen, die, die sich nicht so gut auskennen und die, die sich überhaupt nicht auskennen, die Offiziellen, die Nichtoffiziellen, die, die bezahlt sind, und die, die aus vollem Herzen schreiben. Ich verstehe gar nichts. Besser: Ich weigere mich zu verstehen. Das alles übersteigt meinen Verstand.

Die letzten eineinhalb Jahre mischt mein Land sich mit Waffen ein, auf fremdem Territorium, bombt, zermalmt mit Panzern, erschießt und entführt. Wenn ich diese Bilder sehe, will ich mich mit Eurer Mathematik nicht beschäftigen, ich finde das einfach nur ekelhaft. Dieses Gefühl muss man, im Gegensatz zu jeder, auch der »gesündesten« Analyse, noch nicht erklären (ich hoffe jedenfalls, dass man es nicht muss). Es gibt Waffen als Mittel zur Verteidigung und es gibt sie als Mittel zum Angriff. Und Punkt, für mich.

Ja, ich weiß, dass sich fast die ganze Welt schon so verhält. Ich lebe aber in Russland. Und für mich ist das unzweifelhaft ein erschwerender Umstand. Ich bin kein Vertreter des amerikanischen Bösen, ich bin Vertreter des russischen [Bösen], so hat es sich ergeben. Und wenn es schon so ist, dann sind wir nicht in der Lage, den Präsidenten auf friedlichem Wege zum Abzug der Truppen aus welchem Territorium auch immer zu zwingen, selbst dann nicht, wenn wir uns das alle plötzlich in der Theorie wünschten. Es fehlen schlichtweg die Instrumente. [...] Die amerikanische Geschichte kennt Beispiele, als solche Instrumente funktionierten. Dies hat natürlich den Hunderttausenden verkrüppelten Schicksalen nicht geholfen, aber es hat zumindest nicht Hunderttausende weiterer hervorgebracht. Wir bringen nur Böses, einfach, mit Beifall, ohne Umsicht, selbst ohne eine theoretische Möglichkeit, zu bremsen. Also... Ich will mir Euer Syrien nicht einmal näher ansehen. [...]

Jewgenij Lewkowitsch am 1.10.2015 auf Facebook; <https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10203445510857899&id=1816653547>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

Was will der Kreml in Syrien?

Jens Siegert, Moskau

Bevor ich mich an einer Antwort auf die in der Überschrift gestellte Frage versuche, sind zwei Vorbemerkungen nötig. Beide bringen an sich nichts Neues, ich habe auch in diesen Notizen immer wieder darüber geschrieben. Zum Verständnis der russischen Politik ist es aber nicht überflüssig, von Zeit zu Zeit an sie zu erinnern.

Da ist zum einen unser weitgehendes Unwissen darüber, wie und nach welchen Kriterien Entscheidungen im Kreml getroffen werden, und wer daran beteiligt ist. Zwar weist in jüngster Zeit immer mehr darauf hin, dass sich dieser Kreis verengt (hat). Es gibt sogar viele seriöse Beobachter, die davon ausgehen, dass wir es inzwischen mit der Herrschaft nur eines einzelnen Mannes zu tun haben. Aber selbst das macht es nicht leichter. Dann gäbe es zwar Klarheit darüber, wer entscheidet, aber wohl eher noch mehr Unklarheit darüber, nach welchen Kriterien: Niemand weiß und kann wissen, was in Putins Kopf vor sich geht.

Sam Greene, der früher im Moskauer Carnegie Zentrum gearbeitet hat und seit einigen Jahren das Russia Institute des Londoner King's College leitet, bemerkt, nur wenig ironisierend, zur Illustration unserer Unwissenheit in seinem Blog: "There are known unknowns, to quote the great Donald Rumsfeld, and unknown unknowns, and nowhere is this more true than in trying to figure out what Vladimir Putin is up to in Syria." (<<https://moscowonthames.wordpress.com/2015/09/30/which-of-these-things-is-just-like-the-other/>>).

Die zweite Vorbemerkung bezieht sich auf das, was Putin sagt. Es gibt, vor allem im Westen, die (verständliche, nur allzu menschliche, ja irgendwie sympathische) Tendenz, vieles was gesagt wird, erst einmal für bare Münze zu nehmen. Diese Form von Vertrauen, dass Menschen also sagen, was sie meinen, und davon ausgehen, dass andere das auch tun, schafft Erleichterung, wenn es denn da ist und gerechtfertigt, nicht nur für das Zusammenleben, sondern auch für Politik oder Wirtschaft. Gesellschaften mit einem gewissen gegenseitigen Grundvertrauen haben es einfacher.

Das gilt selbstverständlich auch für die internationale Politik. Allerdings stehen hinter dem Vertrauen innerhalb von Staaten, wie eine Art Sicherheitsnetz, meist ein Rechtssystem und Institutionen wie Polizei und Gerichte, die eingreifen können, sollte jemand das Vertrauen missbrauchen, zum Beispiel das Vertrauen darin, dass ein Vertrag eingehalten oder eine Rechnung bezahlt wird. In der internationalen Politik kann zu viel Vertrauen aber leichter und mit schwerwiegenderen Fol-

gen nach hinten losgehen. In Bezug auf Russland und Putin ist zuviel Vertrauen heutzutage dumm und gefährlich. Allerspätestens seit der Krim-Annexion, dem Krieg in der Ostukraine und der begleitenden Propagandakampagne (die in Russland übrigens meist als Teil eines schon im Gange befindlichen »Kriegs mit dem Westen« dargestellt und aufgefasst wird) sollte allen hinlänglich klar sein, dass die gegenwärtige russische Führung kalkuliertes und systematisches Lügen als politisches Mittel einsetzt und dafür weder Mühe noch Kosten scheut (dem widerspricht auch nicht, dass es sich in vielem nicht um eine durchdachte Strategie handelt, sondern darum, eigene Inkompetenz und Fehler zu verdecken). Man sollte also bei Putin zur Kenntnis nehmen, was er sagt, sich bei der eigenen Lageeinschätzung und dem eigenen Handeln aber ausschließlich an seinen Taten orientieren.

Wenn Putin sagt, die Ukraine sei ein souveräner Staat, aber nicht zulässt, dass dieser souveräne Staat die Grenze zu Russland kontrolliert, dann ist etwas faul. Wenn Putin sagt, Russland bekämpfe in Syrien den sich selbst so nennenden »Islamischen Staat« (IS), russische Flugzeuge dann aber Gebiete angreifen, die, soweit wir wissen, nicht unter der Kontrolle des IS stehen, dann stimmt etwas nicht.

Soweit der Vorrede, nun zur eigentlichen Frage: Was will der Kreml in Syrien? Ganz offenbar nicht oder nicht nur das, was Putin sagt oder sagen lässt. Welche Motive gibt es also noch für den russischen Militäreinsatz in Syrien. Da kommt schnell ein ganzes Bündel von Zielen zusammen, hinter denen eine bunte Mixtur aus innenpolitischen, außenpolitischen und auch ideologischen Motiven liegen. Ich habe in diesen Notizen bereits mehrfach ausgeführt, dass das Handeln des Kremls meiner Überzeugung nach vor allem dem Machterhalt untergeordnet ist. Andere Faktoren mögen auch eine Rolle spielen, aber die Furcht vor einem *regime change* sollte in allen Analysen der russischen Politik (egal ob nun der Innen- oder Außenpolitik) eine zentrale Rolle spielen.

Wahrscheinlich kann man sich, wie das Max Trudoljubow jüngst in den »Wedomosti« getan hat, das Weltbild im und aus Sicht des Kreml wie eine Festung vorstellen, mit dem Kreml als Zentrum. Darum ziehen sich dann der Gartenring, dann die Moskauer Ringautobahn (MKAD) als nächste Verteidigungsringe. Weiter dann die beiden »Betonka« genannten und in den 1950er Jahren gebauten, in rund 50 und 100 Kilometer Entfernung vom Kreml um Moskau verlaufenden Ringstraßen (die im Übrigen gebaut wurden, damit auf ihr Panzer und anderes schweres Militärgerät zur Ver-

teidigung von Moskau fahren können). Weiter vorgeschoben ist die russische Grenze, vor der der der Kreml seit vielen Jahren versucht, eine »Zone privilegierter russischer Interessen« in Form eines Rings von mehr oder weniger abhängigen Staaten zu schaffen. Das gegenwärtige Ringen um die Unabhängigkeit der Ukraine zeugt davon. Folgt man diesem Denken, ist Syrien vor allem Teil eines noch weiter in die Welt hinaus geschobenen Verteidigungsringes.

Diese Vorstellung korrespondiert auch gut mit einem weiteren Treibmittel russischer Politik, der angeblichen politischen Erniedrigung durch den Westen. Das Verlangen nach Kompensation, nach Aufhebung und Rache für dieses größtenteils imaginierte und herbeipropagandierete »Unrecht« bewegt seit vielen Jahren vor allem das außenpolitischen Denken und Handeln der politischen Elite Russlands.

Folgt man diesem Denken, kommt man schnell dazu, dass ein vom Westen betriebener Sturz Assads (des letzten Verbündeten Russlands im Nahen Osten), ja praktisch alles, was die USA und ihre Verbündeten tun, vor allem das Ziel hat, Russland zu schaden und seine »natürlichen« Interessen zu untergraben. Genau so werden der Kiewer Majdan und der Sturz des ukrainischen Präsidenten Janukowytsch im Februar 2014 in Russland in erster Linie als gegen Russland gerichtet interpretiert. Weder Ukrainern noch Syrern wird in dieser Logik ein eigener Wille zugestanden (wie übrigens auch nicht dem eigenen Volk).

Es dürfte deshalb kein Zufall sein, dass russische Truppen in einem Moment in den syrischen Bürgerkrieg eingreifen, in dem Assads Regime erstmals wirklich in Gefahr schien (wenn auch nicht in Gefahr durch eine westlich orientierte Opposition, sondern durch den Vormarsch des IS).

Was soll also in Syrien direkt erreicht werden: Assad soll (unter fast allen Umständen) gehalten werden. Der IS soll (zumindest ein wenig) bekämpft werden. Russland soll wieder zu einem Faktor im Nahen Osten werden, mit dem der Westen rechnen muss (mehr rechnen muss als bisher). Die Militärbasis in Tartus (die einzige russische Militärbasis außerhalb der ehemaligen Sowjetgrenzen) soll gesichert werden. Das militärische Eingreifen sendet zum einen ein Signal an viele Diktatoren dieser Welt, denen sich Russland seit einiger Zeit als Partner gegen westliche Zumutungen anbietet: Russland lässt seine Partner, im Gegensatz zum Westen, auch dann nicht fallen, wenn das eigene Volk gegen sie aufsteht. Die USA haben Mubarak den Massen auf dem Tahrir-Platz geopfert (das lange Zögern zählt nicht). Russland tut so etwas nicht, gibt Putin nun zu verstehen.

Die militärische Unterstützung Assads soll den Westen und insbesondere die USA dazu zwingen, sich

mit Russland zu verständigen. Sie werden vor die Wahl gestellt, eine Koalition zu weitgehend russischen Bedingungen einzugehen (also vor allem auf den Sturz Assads zu verzichten) oder ein noch größeres Chaos in Syrien und damit im gesamten Nahen Osten zu riskieren. In gewisser Weise erhöht der Kreml so in der Auseinandersetzung mit dem Westen in der Ukraine den Einsatz, wohl in der Hoffnung, bei diesem Poker als Nicht-Demokratie mit einer patriotisch mobilisierten Gesellschaft nicht nur die besseren Karten, sondern auch die besseren Nerven zu haben. So möchte man das Land erneut zu einem bedeutenden Spieler im Nahen Osten machen, eine Rolle, die Russland (anders als die Sowjetunion) nie hatte.

Das damit einhergehende Risiko, langsam in einen weiteren Krieg hineingezogen zu werden, wird in Russland zwar gesehen, aber als beherrschbar angesehen. Wohl auch zur Beruhigung der eigenen Bevölkerung hat Putin erklärt, einen Einsatz russischer Bodentruppen werde es nicht geben. Nun sind das, ich verweise auf oben, erst einmal nur Worte. Allerdings ist die Erinnerung an Afghanistan in Russland weiter sehr lebendig. Ein Bodentruppeneinsatz wäre höchst unpopulär. Außerdem verfügt die russische Armee, jenseits der großen Worte nur über eine begrenzte Anzahl wirklich kampfbereiter Einheiten, von denen die meisten zudem an der russisch-ukrainischen Grenzen stehen (von denen freilich einige frei werden könnten, sollte es an der ukrainischen Front zur Entspannung kommen). Schon mit dem Luftwaffeneinsatz geht der Kreml aber ein erhebliches Risiko ein. In den vergangenen Jahren sind in schöner Regelmäßigkeit russische Kampfflugzeuge auch ohne Feindeinwirkung vom Himmel gefallen. Sollte es zu einer Reihe von Abschüssen russischer Kampffjets kommen, könnte es trotz Propaganda ungemütlich für den Kreml werden. Zudem dürften russische Militärs, wenn sie denn professionell sind, Syrien nicht mit der Krim, sondern mit Tschetschenien vergleichen. Dort wurden im Zweiten Tschetschenienkrieg ab 1999 zeitweise bis zu 100.000 Soldaten eingesetzt.

Wahrscheinlich auch deshalb sind die vom Kreml kontrollierten russischen Medien (also vor allem die landesweiten Fernsehstationen) seit Beginn der Bombardements russischer Kampfflugzeuge in Syrien voller Erfolgsmeldungen. In nur wenigen Tagen, so wird der Eindruck vermittelt, hätten die russischen Luftangriffe erreicht, was den USA in den vergangenen eineinhalb Jahren nicht gelungen ist: Der IS, seine Infrastruktur und seine Kommandostruktur seien stark geschwächt, ganze Einheiten würden sich auflösen oder fliehen. So wird der nachlassenden patriotischen Mobilisierung, in der der Krim-Effekt langsam nachzulassen beginnt, neuer Atem eingehaucht.

Bisher wurde Putin, den obigen Hinweisen auf die treibenden Kräfte (fast) aller russischen Politik zum Trotz, weitgehend als internationaler Akteur dargestellt. Die drängendsten Probleme sind aber zu Hause. Die Wirtschaftskrise schreitet voran, die Sanktionen beißen weiter schmerzlich, die Krim ist teuer und die nächsten Wahlen stehen ins Haus. Sollte es Putin gelingen, Russland in Syrien erneut zu einem Partner des Westens zu machen (am besten und am liebsten, indem Assad gehalten wird, aber trotz all des oben Gesagten, würde ich nicht darauf setzen, dass das eine *conditio sine qua non* ist), dann dürfte die erste Rechnung für diese Zusammenarbeit in Bezug auf die Ukraine gestellt werden. Genauer gesagt, geschieht das bereits.

Im russischen Staatsfernsehen hat Syrien die Ukraine schon im Sommer fast vollständig aus den Schlagzeilen verdrängt. Bereits seit dem Frühjahr gibt es zahlreiche Signale aus Russland Richtung Westen, dass man an einer neuen Verständigung, einem neuen *modus vivendi* interessiert sei (ich habe darüber im Juli in den Notizen geschrieben: <<http://russland.boellblog.org/2015/07/15/raus-aus-der-sackgasse-ueber-vorsichtige-signale-aus-russland/>>). Die russischen Forderungen und Hoffnungen auf Aufhebung oder zumindest Abschwächung der westlichen Sanktionen haben sich aber, trotz eines

Kerry-Besuchs bei Putin in Sotschi, nicht erfüllt. Das Eingreifen in Syrien ist daher wohl auch ein Versuch, hier voranzukommen.

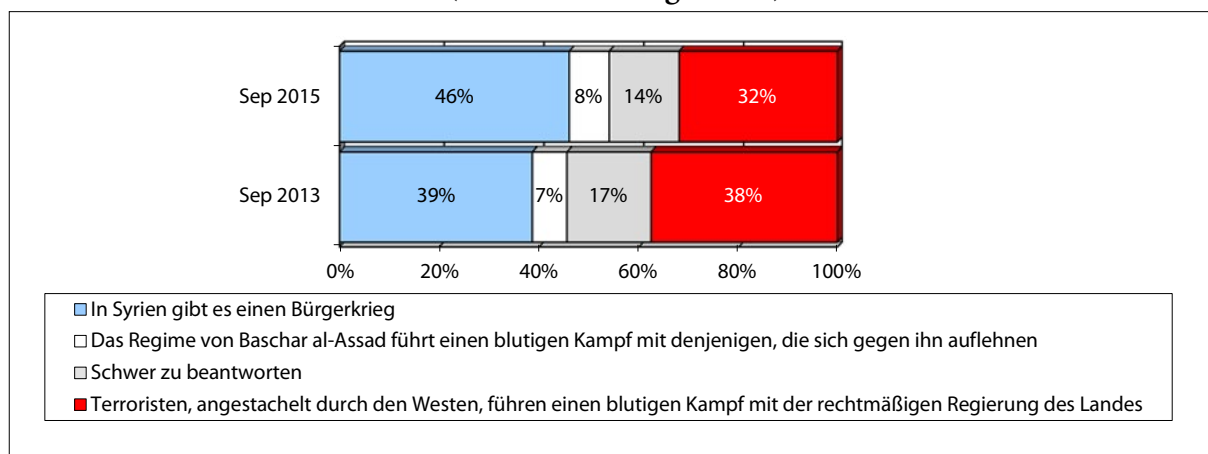
Ein Russland, das in Syrien erneut zum (notwendigen) Partner wird oder sich als Partner aufzwingt, kann, so dürfte im Kreml gedacht werden, auch in Europa wieder hierzu werden. So wie es aussieht, ist diese Hoffnung nicht ganz grundlos. Am Tag, als die russischen Bomber in Syrien die ersten Einsätze flogen, erklärten die Separatisten im Donbass, der Krieg dort sei vorbei. Aus Russland kamen Nachrichten, dass die Separatisten ihre Einheiten von den Frontlinien zurückziehen würden, und dass sogenannte »humanitäre Konvois« künftig auch tatsächlich nur humanitäre Hilfsgüter transportieren würden. Sollten diesen Worten Taten folgen, könnten die Minsker Vereinbarungen erstmals auch von russischer, oh, Entschuldigung, von Separatistenseite eingehalten werden. Die Kämpfe in der Ostukraine könnten aufhören. Nicht wenige westliche Politiker dürften dann, wie jüngst schon Sigmar Gabriel, dazu neigen, das mit einer Lösung des Konflikts zu verwechseln. Putin wäre glücklich.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

UMFRAGE

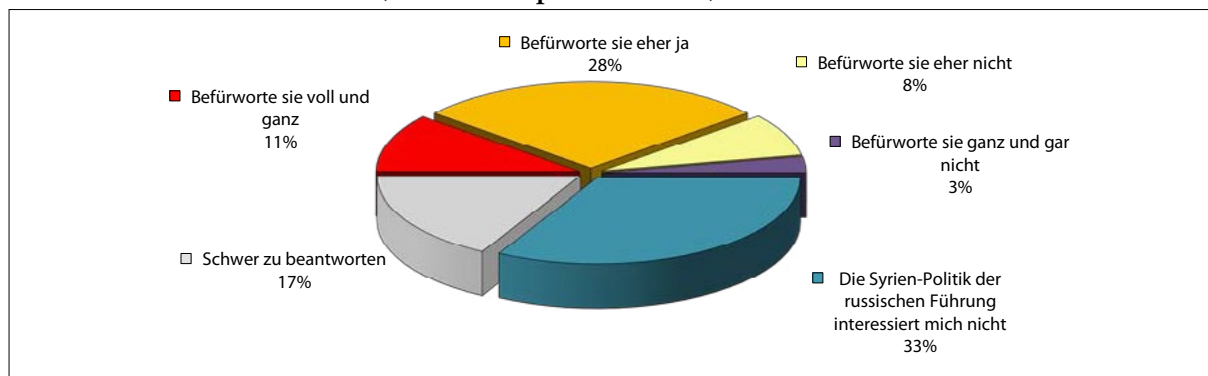
Einstellungen zum Bürgerkrieg in Syrien

Grafik 6: Mit welchen Auffassungen darüber, was gerade in Syrien vor sich geht, sind Sie am ehesten einverstanden? (eine Antwortmöglichkeit)



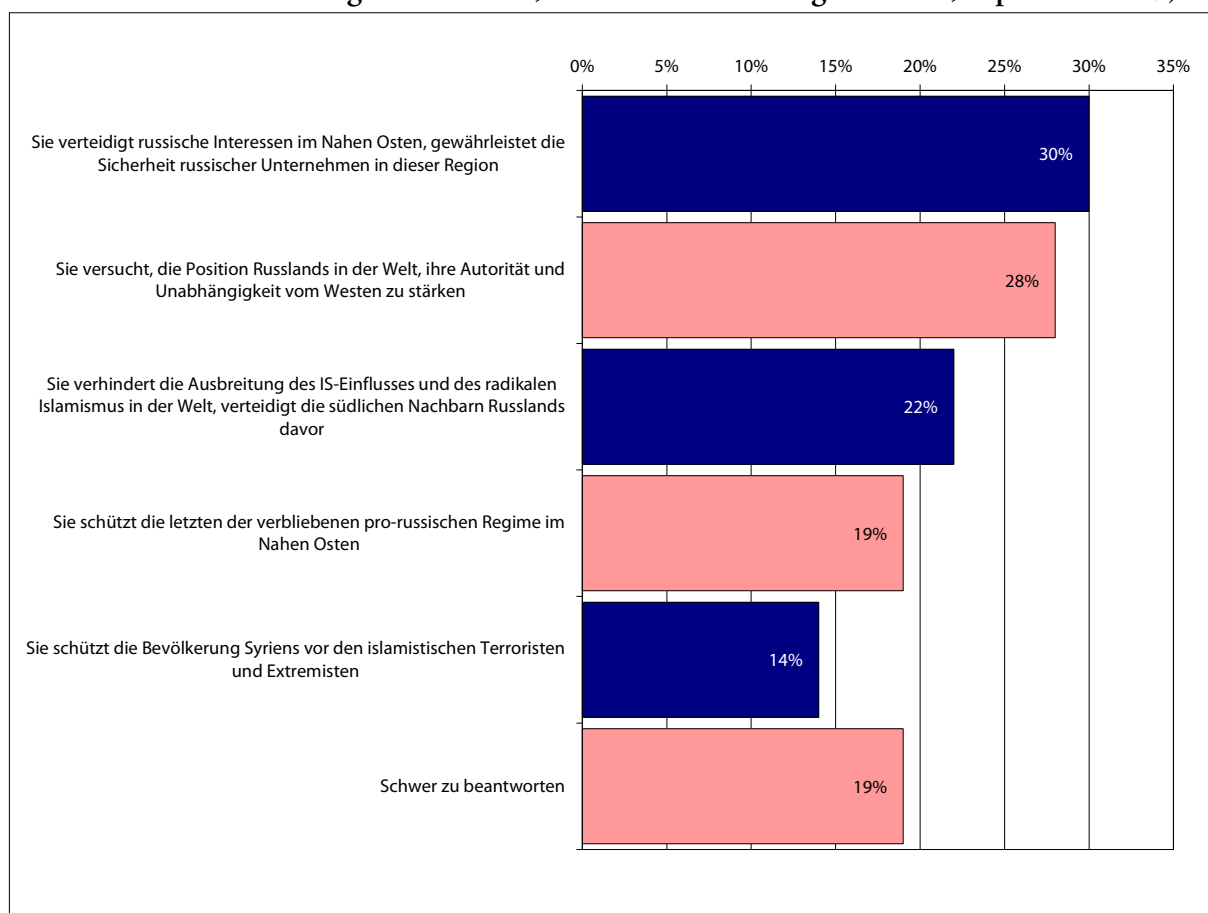
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 8.–21. September 2015, N=800 /1600 <<http://www.levada.ru/print/28-09-2015/voina-v-sirii-vnimanie-otsenki-igil>>, 2. Oktober 2015

Grafik 7: Interessiert Sie die Syrien-Politik der russischen Führung und wenn ja, befürworten Sie diese Politik ? (N=1600, September 2015)



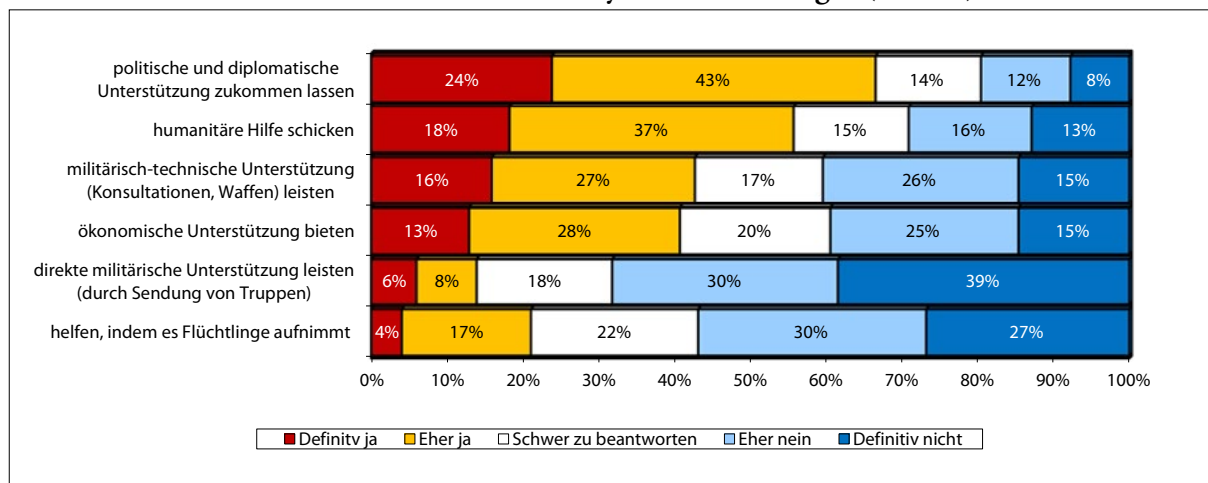
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 8.–21. September 2015, N=800 /1600 <<http://www.levada.ru/print/28-09-2015/voina-v-sirii-vnimanie-otsenki-igil>>, 2. Oktober 2015

Grafik 8: Was denken Sie, welche Ziele verfolgt die russische Führung indem sie mit Baschar al-Assad zusammenarbeitet? (in % derjenigen, die sich für die Syrien-Politik der russischen Führung interessieren; mehrere Antwortmöglichkeiten, September 2015)



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 8.–21. September 2015, N=800 /1600 <<http://www.levada.ru/print/28-09-2015/voina-v-sirii-vnimanie-otsenki-igil>>, 2. Oktober 2015

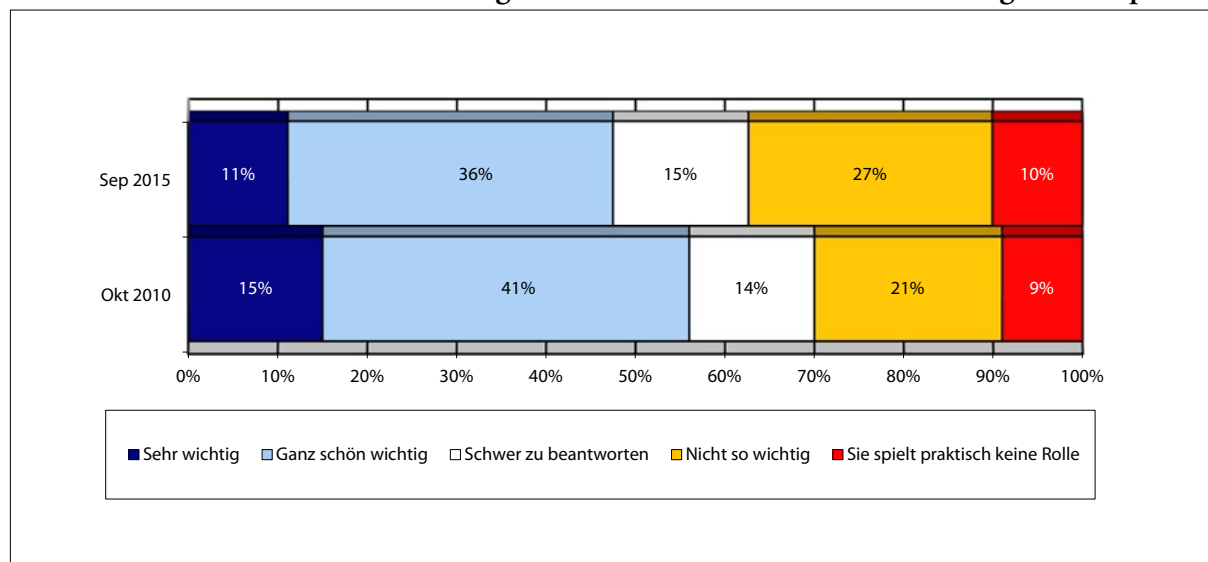
Grafik 9: Was denken Sie, sollte Russland der syrischen Führung... (N=800)



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 8.–21. September 2015, N=800 /1600 <<http://www.levada.ru/print/28-09-2015/voina-v-sirii-vnimanie-otsenki-igil>>, 2. Oktober 2015

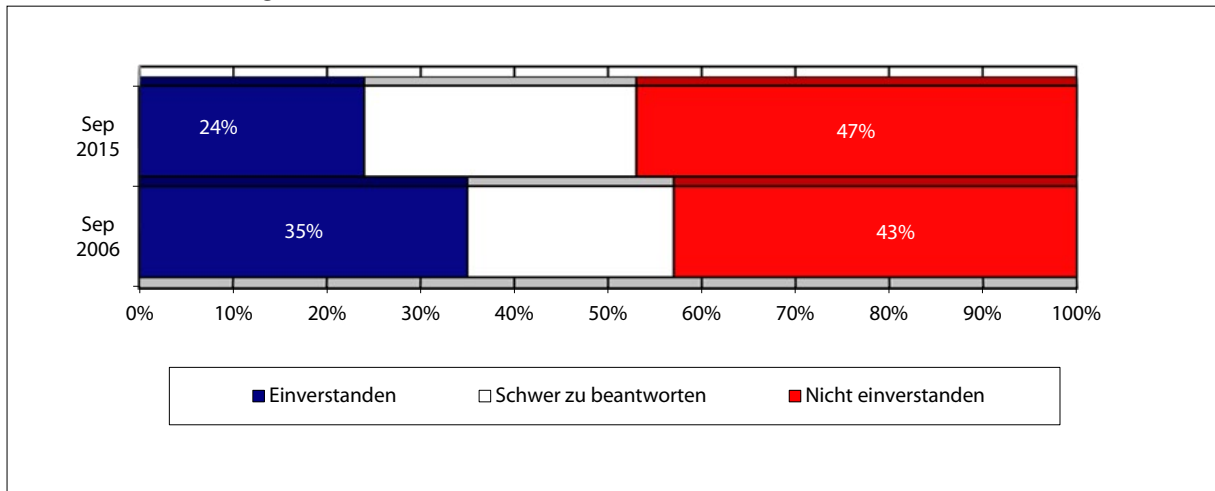
Die Rolle der UNO

Grafik 10: Was denken Sie, wie wichtig ist die Rolle, die die UNO in der heutigen Welt spielt?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 18.–21. September 2015, N=800 <<http://www.levada.ru/print/28-09-2015/vospriyatie-oon>>, 28. September 2015

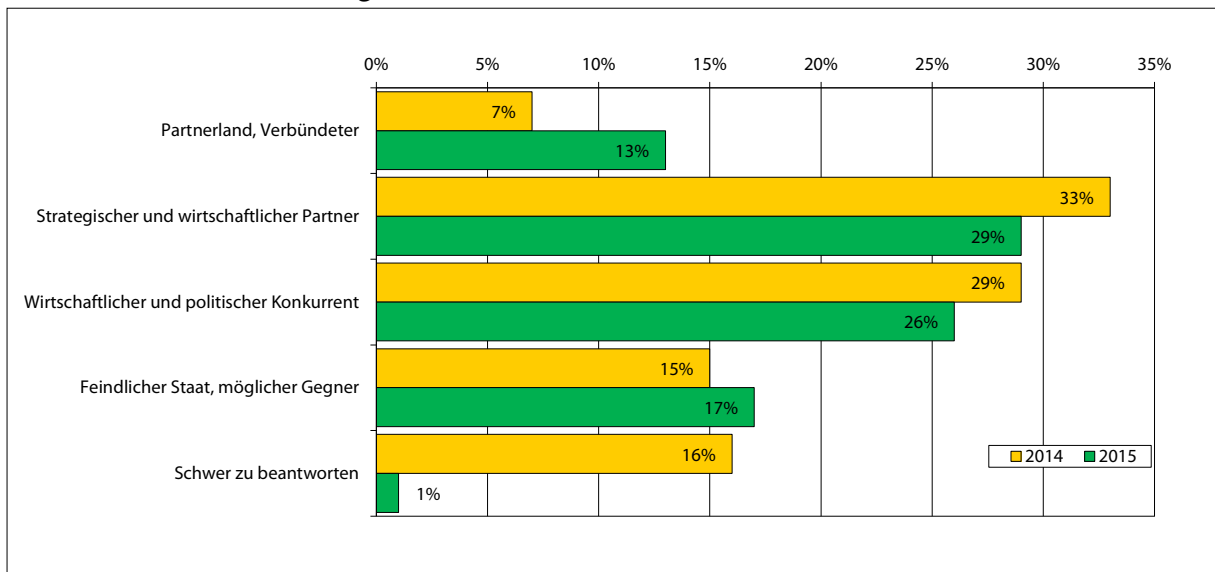
Grafik 11: Sind Sie einverstanden mit der Auffassung, dass Russland bei der Lösung internationaler Probleme bereit sein sollte der UN-Politik zu folgen, selbst wenn die Entscheidung der UN nicht vollkommen mit den Interessen Russlands vereinbar ist?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 18.–21. September 2015, N=800 <<http://www.levada.ru/print/28-09-2015/vospriyatie-oon>>, 28. September 2015

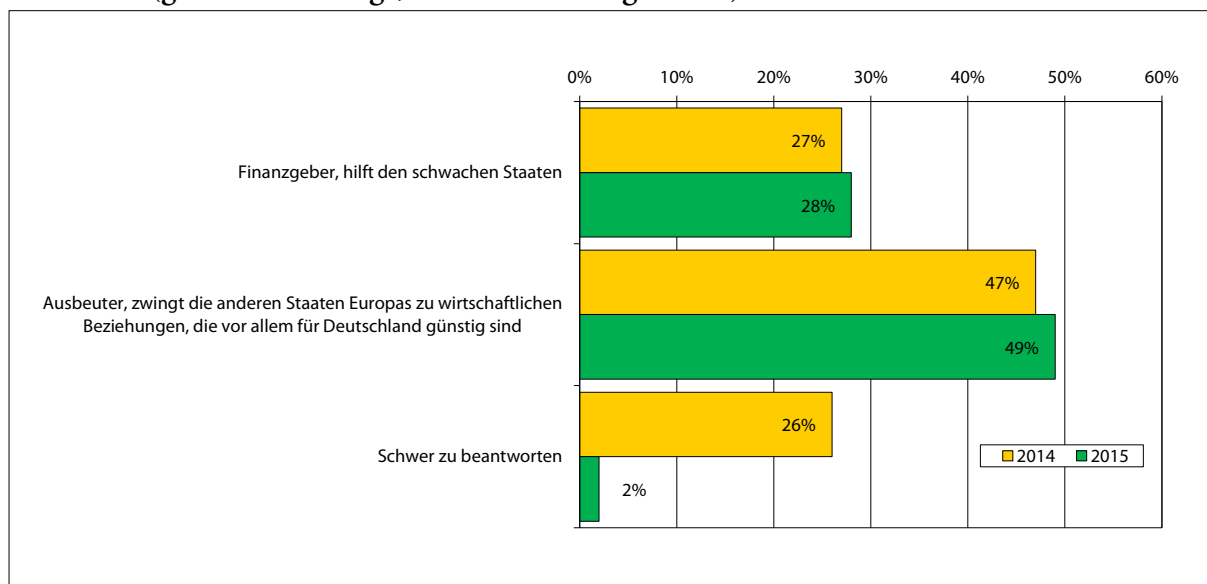
Die Beziehungen zum Westen

Grafik 12: Was ist Deutschland heute, Ihrer Meinung nach, für Russland? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)



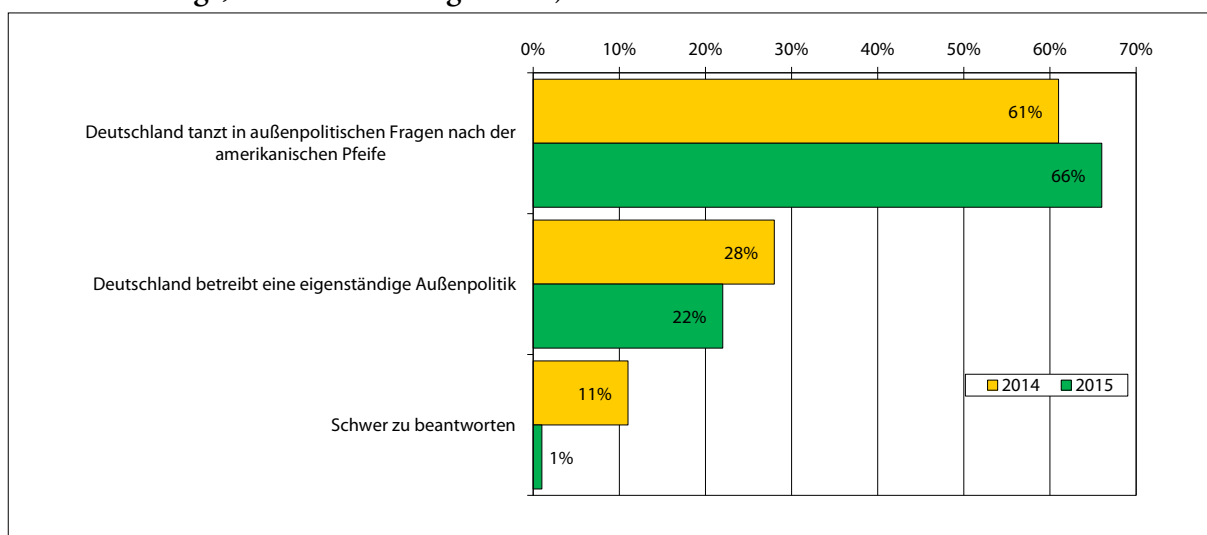
Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM im Zeitraum vom 12.–13. September 2015, N= 1600 <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115394>>, 20. September 2015

Grafik 13: Welche Rolle erfüllt Deutschland, Ihrer Meinung nach, im heutigen Europa? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)



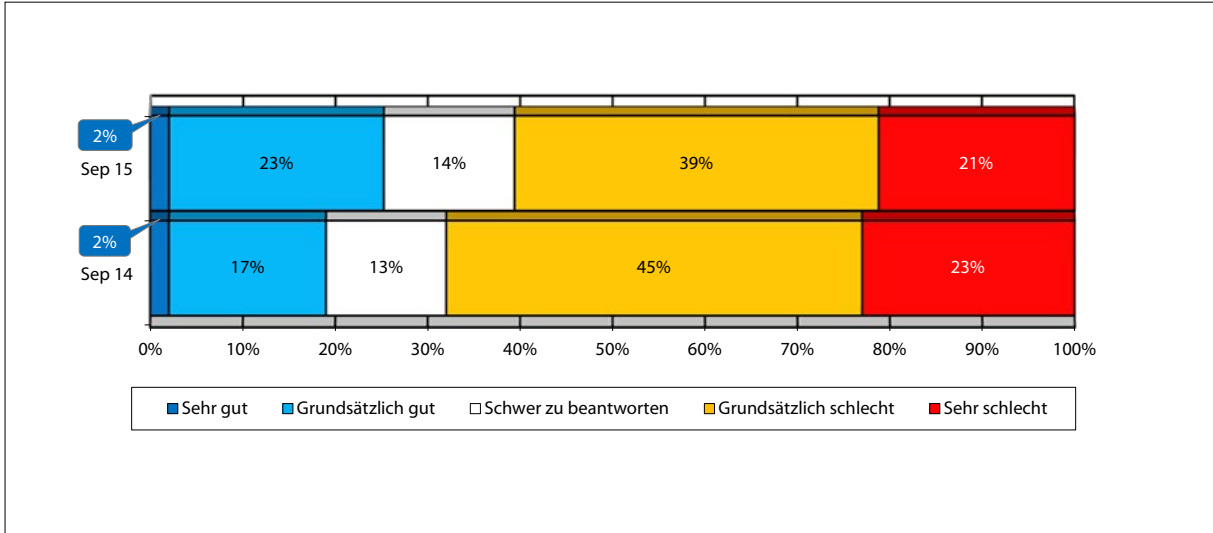
Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM im Zeitraum vom 12.–13. September 2015, N= 1600 <<http://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=115394>>, 20. September 2015

Grafik 14: Einige Leute behaupten, dass Deutschland in außenpolitischen Fragen nach der amerikanischen Pfeife tanzt, andere sagen, dass Deutschland eine eigenständige Außenpolitik betreibt. Welche Auffassung kommt Ihrer eigenen am nächsten? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)



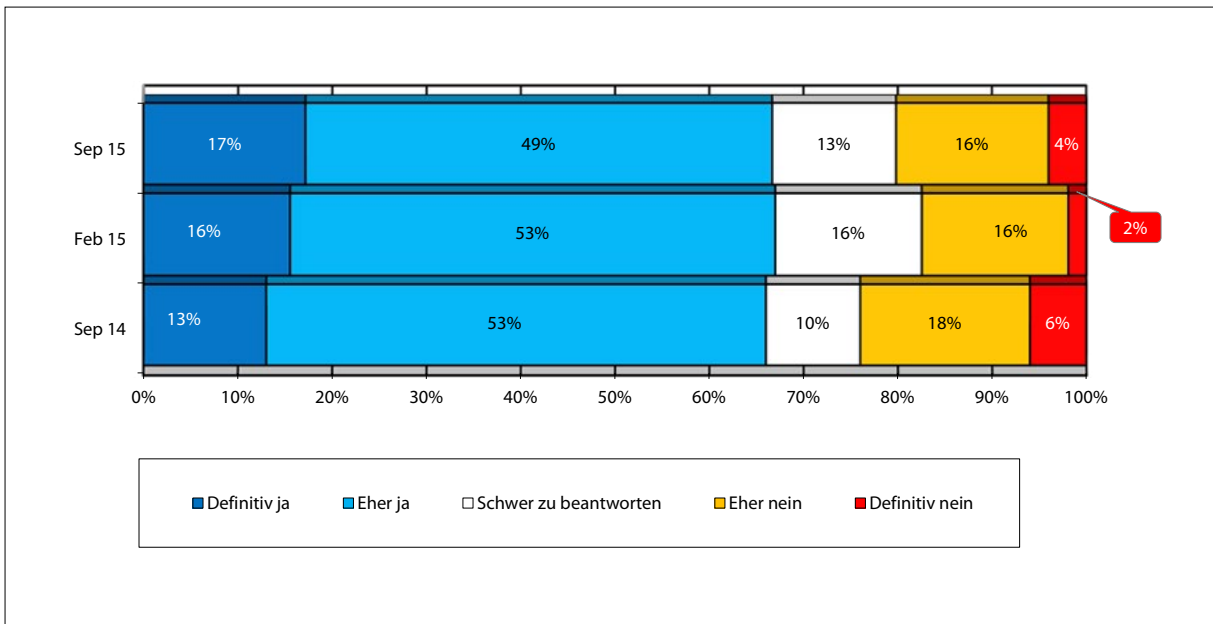
Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM im Zeitraum vom 12.–13. September 2015, N= 1600 <<http://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=115394>>, 20. September 2015

Grafik 14: Wie verhalten Sie sich im Moment zur Europäischen Union?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum 18.–21. September 2015, N=1600 <<http://www.levada.ru/print/28-09-2015/monitoring-otnosheniya-rossiyan-k-drugim-stranam-sentyabr>>, 28. September 2015

Grafik 15: Was denken Sie, sollte Russland die Beziehungen zu den USA und anderen Ländern des Westens verbessern?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum 18.–21. September 2015, N=1600 <<http://www.levada.ru/print/28-09-2015/monitoring-otnosheniya-rossiyan-k-drugim-stranam-sentyabr>>, 28. September 2015

24. September – 8. Oktober 2015

24.09.2015	Das Moskauer GULAG-Museum gibt den Gewinner der Ausschreibung eines Denkmals für die Opfer politischer Repression bekannt. Ausgewählt wurde das Projekt »Mauer des Schmerzes« des Bildhauers Georgij Franguljan. Es soll an der Kreuzung Sacharow-Prospekt und Gartenring errichtet werden. Das Projekt wurde u. a. von der Organisation »Memorial« initiiert.
24.09.2015	Eine ukrainische Regierungsverordnung verpflichtet von nun an alle ausländischen Journalisten, Menschenrechtler und Vertreter internationaler Organisationen, für einen Besuch der Krim eine Erlaubnis der ukrainischen Behörden einzuholen.
24.09.2015	Das russische Katastrophenschutzministerium entsendet den 39. Hilfskonvoi in die Region Donbass. Die ca. 100 LKWs haben etwa 1200 Tonnen humanitäre Hilfsgüter geladen.
24.09.2015	Dem einzigen Jabloko-Abgeordneten in der Gebietsduma Pskow, Lew Schlosberg, wird per Beschluss der Gebietsduma das Mandat entzogen. Begründet wird dies mit Schlosbergs Aktivitäten als Direktor einer NGO, die durch ausländische Gelder finanziert werde. Schlosberg war bekannt geworden als er das Schicksal und die Namen von in Pskow stationierten in der Ostukraine gefallenen Fallschirmjägern öffentlich machte. Er wurde danach von Unbekannten überfallen und verprügelt.
24.09.2015	Präsident Wladimir Putin führt ein Telefongespräch mit Elton John. Kurz zuvor hatten sich zwei russische Komiker einen Scherz mit dem Musiker erlaubt. Einer der beiden hatte sich Elton John gegenüber am Telefon als russischer Präsident ausgegeben. Putin entschuldigte sich bei John für den Zwischenfall und erklärte sich zu einem Treffen bereit. John hatte sich kritisch gegenüber der russischen Haltung zu den Rechten der LGBTI-Bewegung in Russland geäußert.
25.09.2015	Nach Angaben des tschetschenischen Republikchefs Ramsan Kadyrow leistet die »Achmat Kadyrow-Stiftung« humanitäre Hilfe für syrische Flüchtlinge in Deutschland. Kadyrow lud auf Kosten der Stiftung 900 syrische Flüchtlinge, die in Kiel angekommen waren, in eines der besten Restaurants der Stadt ein. Er kündigt an, die Aktion wiederholen zu wollen.
25.09.2015	Sitzung der ständigen Mitglieder des russischen Sicherheitsrates. Thema ist die bevorstehende Teilnahme Präsident Putins an der UNO-Generalversammlung in New York. Außerdem wird über die Lage im Nahen Osten, insbesondere die Situation in Syrien, gesprochen.
25.09.2015	Die ukrainische Regierung kündigt an, im Zuge ihrer Sanktionen gegen Russland den ukrainischen Luftraum für russische Linienflüge sperren zu wollen. Der russische Verkehrsminister Maksim Sokolow droht darauf mit entsprechenden Gegenmaßnahmen.
26.09.2015	Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums beginnen Eisenbahntuppen mit dem Bau des zweiten Teilabschnitts einer Zugstrecke, die die Gebiete Woronesch und Rostow unter Umgehung der Ukraine verbinden soll. Die Strecke soll 2018 fertiggestellt werden.
26.09.2015	Nachdem der Gouverneur der Republik Komi, Wjatscheslaw Gajser, und eine Reihe von Personen aus seinem Umfeld wegen des Verdachts auf Korruption und Unterschlagung festgenommen wurden, findet in der Hauptstadt Syktywkar eine Versammlung statt. Mit Unterstützung von Oppositionsparteien fordert die Versammlung eine parlamentarische Untersuchung der Aktivitäten des Gouverneurs und seiner Vertrauten.
26.09.2015	Zwischen Estland und Russland findet ein Agentenaustausch statt. Der in Russland festgenommene und wegen Spionage verurteilte Mitarbeiter des estnischen Geheimdienstes, Eston Kohver, wird gegen den ehemaligen Geheimdienstler Aleksej Dresser eingetauscht, der in Estland wegen der Übermittlung geheimer Daten an Russland festgenommen worden war.
26.09.2015	Russland, Syrien, der Iran und der Irak richten in Bagdad ein gemeinsames Informationszentrum zur Bekämpfung der Terrormiliz »Islamischer Staat« ein. Ein Koordinationskomitee, bestehend aus Vertretern der Generalstäbe der teilnehmenden Staaten, soll künftig militärische Operationen und die Aufgabenbereiche der einzelnen Streitkräfte kontrollieren.
26.09.2015	Präsident Wladimir Putin führt ein Telefongespräch mit dem saudischen König Salman ibn Abd al-Aziz. Themen des Gesprächs sind der palästinensisch-israelische Konflikt und die aktuellen Probleme rund um die heiligen Stätten in Ostjerusalem. Darüber hinaus wird über die Ausgestaltung der Zusammenarbeit im Kampf gegen den »Islamischen Staat« und andere Terrororganisationen gesprochen.
27.09.2015	Im Gebiet Irkutsk findet der zweite Durchgang der Gouverneurswahlen statt. Unerwartet verliert der Amtsinhaber Sergej Jeroschenko von »Einiges Russland« (41,37 % der Stimmen) gegen den Kommunisten Sergej Lewtschenko (56,49 % der Stimmen). Die Wahlbeobachter der KPRF berichten von zahlreichen Verstößen und Unregelmäßigkeiten.

27.09.2015	Präsident Wladimir Putin benachrichtigt die Staats- und Regierungschefs der Türkei, Jordaniens, Saudi-Arabiens und der USA persönlich über die Einrichtung von Koordinationsstrukturen für den Kampf gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat«. Putin betont, dass das russische Eingreifen in Syrien in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und auf Bitte der syrischen Staatsführung erfolgt. Russland verfolge weiterhin die Idee einer breiten Koalition im Kampf gegen den IS, die aber noch nicht die Zustimmung der USA und deren Verbündeten, Saudi-Arabien, gefunden habe.
27.09.2015	Im Vorfeld seiner Teilnahme an der UNO-Generalversammlung in New York gibt Präsident Wladimir Putin dem amerikanischen Journalisten Charlie Rose vom Fernsehsender CBS ein Interview, in dem er über die russische Syrienpolitik, die Bedeutung staatlicher Souveränität (sowohl der Ukraine als auch Syriens) und seine Ansichten über Amerika spricht.
28.09.2015	Ljudmila Aleksejewa, die 88-jährige russische Menschenrechtlerin und Mitgründerin der Moskauer Helsinki-Gruppe, erhält von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates den Vaclav Havel-Preis für Menschenrechte.
28.09.2015	Nach Angaben des russischen Landwirtschaftsministeriums, wurden in Russland zwischen dem 6. August und 27. September ca. 738 Tonnen Lebensmittel und Waren, die unter das Sanktionsregime fallen, vernichtet.
28.09.2015	Präsident Wladimir Putin nimmt an der Generalversammlung der UNO in New York teil. In seiner Rede vor dem Plenum spricht Putin vor allem über die Rolle und das Ansehen der UNO, die Situation im Nahen Osten, die Flüchtlingskrise, den Ukraine Konflikt sowie den Klimawandel.
28.09.2015	Am Rande der UN-Generalversammlung trifft Präsident Putin mit einer Reihe von Staats- und Regierungschefs sowie dem UNO-Generalsekretär Ban-Ki Moon und dem NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg zu Gesprächen zusammen.
29.09.2015	Präsident Wladimir Putin und US-Präsident Barack Obama kommen in New York zu einem Gespräch zusammen. Medienberichten zufolge ist die Stimmung während der zweistündigen Unterredung frostig. Die Präsidenten einigen sich darauf, in der Syrienfrage zusammenzuarbeiten, auch wenn sie in der Frage des Umgangs mit Machthaber Baschar Al-Assad weiterhin unterschiedlicher Meinung sind.
29.09.2015	Sitzung der ständigen Mitglieder des russischen Sicherheitsrates. Themen sind die Auswertung der UN-Generalversammlung sowie Maßnahmen im Kampf gegen Terrorismus und Extremismus.
30.09.2015	Präsident Wladimir Putin beantragt beim Föderationsrat verfassungsgemäß die Zustimmung für den Einsatz russischer Streitkräfte im Ausland. Der Föderationsrat billigt den Antrag einstimmig. Als Begründung für den Einsatz wird die Bitte um militärische Unterstützung durch den syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad genannt. Nur wenige Stunden später verkündet das russische Verteidigungsministerium den Beginn von Luftangriffen auf Stellungen des »Islamischen Staates« in Syrien. Aus amerikanischen und syrischen Quellen heißt es, dass die Bombardements in der Region der Stadt Homs erfolgt seien, die vornehmlich von gemäßigten syrischen Oppositionellen kontrolliert wird.
30.09.2015	Präsident Wladimir Putin leitet eine Kabinettsitzung. Thema ist die Überwindung der wirtschaftlichen Rezession im kommenden Jahr. Außerdem wird die Situation in Syrien erörtert.
30.09.2015	Nach Angaben der Verwaltung der Region Altaj sind 11 syrische Flüchtlinge in der Region angekommen und haben dort einen Asylantrag gestellt. Zahlreiche syrische Flüchtlinge reisen per Touristenvisum nach Russland ein, die meisten bleiben jedoch nicht, sondern versuchen, über das Gebiet Murmansk weiter nach Norwegen zu reisen.
01.10.2015	Präsident Wladimir Putin leitet eine Sitzung des Menschenrechtsrats beim Präsidenten. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Reform des Gerichtswesens, Wahlen und die Wahlgesetzgebung, die Rechte von Wehrpflichtigen, der Einsatz in Syrien, die Wahrung des Gedenkens an die Opfer politischer Repression, eine Nachbesserung des Agentengesetzes und andere Themen.
01.10.2015	Präsident Wladimir Putin enthebt den in Untersuchungshaft befindlichen Gouverneuren der Republik Komi, Wjatscheslaw Gajser, seines Amtes. Interimgouverneur wird Sergej Gaplikow.
01.10.2015	Der belgische Außenminister Didier Reynders ruft dazu auf, die Maßnahmen Russlands und der von den USA geführten Koalition in Syrien zu koordinieren. Die Maßnahmen müssten zielführend sein und dürften nicht die gemäßigte Opposition treffen.
01.10.2015	Nach Angaben des russischen Außenministers Sergej Lawrow wird sich Russland nicht der von den USA angeführten Allianz gegen den »Islamischen Staat« anschließen. Die Koalition arbeite ohne Mandat des UNO-Sicherheitsrates und ohne eine Anfrage durch einen der vom »IS« betroffenen Staaten.

01.10.2015	Der Vorsitzende der russischen Verbraucherschutzorganisation, Michail Anschakow, ist nach eigenen Angaben von Beamten russischer Rechtsschutzorgane festgenommen worden. Eine Anklage wurde noch nicht erhoben. Es sei ihm lediglich mitgeteilt worden, dass er wegen übler Nachrede gegenüber der Stiftung der Christ-Erlöser-Kathedrale festgenommen worden ist.
01.10.2015	Die russische Regierung lässt die russische Fluggesellschaft »Transaereo« in Konkurs gehen. Die Gläubiger der Fluggesellschaft waren mit dem von der Sberbank vorgeschlagenen Umschuldungsmodell nicht einverstanden. Das russische Finanzministerium lehnt die Bereitstellung von Staatsgarantien ab. Aeroflot tritt von der geplanten Übernahme von Transaereo zurück.
02.10.2015	Die russischen und amerikanischen Militärführungen halten erste gemeinsame Video-Konsultationen militärischen Operationen in Syrien ab. Beide Seiten begrüßen den professionellen Umgang miteinander. Es wird vereinbart den Informationsaustausch fortzusetzen.
02.10.2015	Sieben Staaten wenden sich in einem gemeinsamen Statement an Russland und fordern den sofortigen Stopp der Luftangriffe gegen die syrische Opposition. Der Appell Frankreichs, Deutschlands, der USA, Großbritanniens, der Türkei, Saudi-Arabiens und Katars bringt insbesondere die Besorgnis über die Zivilbevölkerung in den Städten Hama, Homs und Idlib zum Ausdruck.
02.10.2015	Im Vorfeld des Treffens im Normandie-Format in Paris, trifft Präsident Wladimir Putin sowohl den französischen Staatspräsidenten François Hollande als auch Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Einzelgesprächen. Themen sind die Situation in Syrien und die Bedingungen einer Zusammenarbeit Frankreichs mit Russland in Syrien. Ein Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko steht nicht auf der Tagesordnung.
02.10.2015	In Paris findet das dritte Treffen der Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine im Normandie-Format seit 2014 statt. Auf der Tagesordnung stehen die Regulierung des Ukraine-Konflikts und die Realisierung des Minsker Abkommens. Merkel und Hollande begrüßen den anhaltenden Waffenstillstand und fordern weitere Schritte. Es wird auch über die russische Intervention in Syrien gesprochen.
03.10.2015	Die stellvertretende Vorsitzende der russischen Zentralbank, Ksenija Judajewa, informiert über die Notwendigkeit, Reserven zu verkaufen, falls der weitere Abbau der staatlichen Reservefonds im bisherigen Tempo voranschreite. Das Haushaltsdefizit werde derzeit hauptsächlich aus Mitteln der Reservefonds bedient. Die Zentralbank hatte diesen Geldabfluss durch reduzierte Kreditgeschäfte kompensiert.
03.10.2015	Nach Angaben der Regierung im Gebiet Sachalin wird für die gesamte Region der Ausnahmezustand ausgerufen. Grund ist ein Sturmtief, das die Insel erreicht und in weiten Teilen für Verwüstungen und Stromausfälle gesorgt hat. Zahlreiche Menschen verloren ihre Häuser.
04.10.2015	Der britische Premier-Minister David Cameron und der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan nennen unabhängig voneinander das russische Vorgehen in Syrien einen großen Fehler. Sie machen die russischen Bombardements für die weitere Destabilisierung der Region und eine zukünftige Radikalisierung der Terroristen verantwortlich.
05.10.2015	Nach Angaben des türkischen Außenministeriums sind russische Kampfflugzeuge des Typs SU-30 und SU-24 am 3. Oktober in den türkischen Luftraum eingedrungen, weswegen zwei türkische Abfangjäger des Typs F-16 aufgestiegen seien. Russland bestätigt den Vorfall und erklärt, dass es sich um ein Versehen gehandelt habe.
05.10.2015	Der Chefredakteur des Internet-Radiosenders »Allrussische Blinden-Gesellschaft«, Oleg Schewkun, wird entlassen, nachdem er sich über die Unrechtmäßigkeit der Eingliederung der Krim geäußert hatte.
05.10.2015	In Minsk versammeln sich auf dem Platz der Freiheit etwa 500 Menschen, um gegen die Errichtung einer russischen Militärbasis in Belarus zu demonstrieren. Organisatoren des Protests sind belorussische Oppositionspolitiker.
05.10.2015	Nachdem der Journalist Oleg Kaschin einen offenen »Brief an die Führung« (nach dem Vorbild von Solschenizyns Brief an die Sowjet-Führung) geschrieben hat, äußert er sich öffentlich über die ausbleibende Reaktion Putins und Medwedews. Kaschin hatte die russische Führung in dem Brief scharf kritisiert und dafür verantwortlich gemacht, dass der mutmaßliche Drahtzieher des Überfalls auf ihn im Jahr 2010, der Gouverneur des Gebiets Pskow, Andrej Turtschak, weiterhin im Amt ist.
05.10.2015	Der Nordatlantik-Rat äußert sich besorgt über die weitere Verlagerung von russischen Bodentruppen nach Syrien. Darüber hinaus beschuldigt die NATO Russland, im Zuge der Luftangriffe unschuldige Zivilisten getötet zu haben.
06.10.2015	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet das Gesetz über die Implementierung des föderalen Haushalts 2014, der mit einem Defizit von 334,7 Milliarden Rubel (ca. 4,7 Milliarden Euro) abgeschlossen wird. Der Haushaltsplan für 2016 wird in den nächsten Tagen in den zuständigen parlamentarischen Ausschüssen beraten.

06.10.2015	Nach einer erneuten Verletzung des türkischen Luftraums durch russische Kampfflugzeuge verschärft der türkische Präsident Erdoğan den Ton. Er droht Russland mit einer Verschlechterung der bilateralen Beziehungen und damit, dass ein Angriff auf die Türkei auch ein Angriff auf die NATO bedeute. Kurze Zeit später bietet das türkische Verteidigungsministerium Russland an, eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Abstimmung der russischen militärischen Aktivitäten in Syrien sowie die Einrichtung von Vorwarnmechanismen einzurichten, um künftig Zwischenfälle dieser Art zu vermeiden.
06.10.2015	Auf dem von der Gesellschaftskammer organisierten Forum »Gemeinschaft«, dass in ganz Russland abgehalten wird, erklären Vertreter der Zivilgesellschaft, dass sich die Zahl russischer Nichtregierungsorganisationen in den letzten drei Jahren um ein Drittel verringert habe. Insbesondere im Nordkaukasus hätten NGOs zunehmend mit Schwierigkeiten zu kämpfen.
06.10.2015	Der belorussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka erteilt russischen Plänen, in Belarus eine Militärbasis aufzubauen, eine Absage. Lukaschenka erklärt, dass ein solcher Luftstützpunkt nicht gebraucht werde, zudem habe man mit ihm nicht darüber gesprochen.
06.10.2015	Die Luftstreitkräfte Russlands und der USA bereiten ein Dokument über die Zusammenarbeit bei Luftoperationen gegen Stellungen der Terrormiliz IS in Syrien vor. Dieses soll beiden Seiten, der Anti-IS-Koalition unter der Führung der USA und Russland, von Nutzen sein. Die USA halten jedoch an ihrer Überzeugung fest, Russland nicht zu unterstützen, solange es an dem syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad festhält.
06.10.2015	Abgeordnete des Abgeordnetenrates des Stadtteils Parnas in St. Petersburg richten Antrag an die Gesetzgebende Versammlung der Stadt auf Umbenennung des Stadtteils in »Sergijewskoje«. Grund seien Beschwerden von Bürgern über die Namensgleichheit mit der Oppositionspartei »PARNAS«.
07.10.2015	Nach Angaben des stellvertretenden russischen Verteidigungsministers Anatolij Antonow hat Russland eine Anfrage auf Weitergabe von Daten zur Dislozierung von IS-Kämpfern in Syrien an die Anti-IS-Koalition unter der Führung der USA gestellt.
07.10.2015	Nach Medienangaben wird der Baubeginn der Gaspipeline »Turkish Stream« auf Grund einer fehlenden Einigung zwischen der russischen und türkischen Regierung weiter verschoben. Die Spannungen bezüglich des Syrien-Konflikts erschweren die derzeitigen Regierungs-Verhandlungen.
07.10.2015	Der russische Rechnungshof kritisiert den Anti-Krisen-Plan der Regierung. Die Maßnahmen für den Umgang mit Krisensituationen würden nur auf dem Papier erfüllt, bislang seien nur 28,3 % der Maßnahmen implementiert worden.
08.10.2015	Lehrbeauftragte des Instituts für Psychologie an der Moskauer RGGU (Russische Staatliche Geisteswissenschaftliche Universität) treten wegen ausbleibender Honorarzahlungen in einen unbefristeten Streik. Davon sind ein Viertel der Lehrkräfte betroffen. Grund sei die verordnete Gehaltserhöhung für fest angestellte Mitarbeiter, weshalb die Universität derzeit keine Mittel mehr habe um die auf Honorarbasis arbeitenden Kräfte zu bezahlen.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Nadja Douglas

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

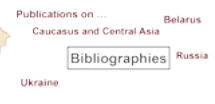
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php